



Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1989	
Die Lage der Weltwirtschaft	191
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	198

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 17·18 / 89

Berlin

27. April 1989

56. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1989

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung Essen

Abgeschlossen in Essen am 21. April 1989

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Der Aufschwung der Weltwirtschaft hat sich im Winterhalbjahr zügig fortgesetzt. Nachfrage und Produktion nahmen in den Industrieländern nach wie vor merklich zu, und der Welthandel stieg weiterhin deutlich. Haupttriebkraft der Konjunktur blieb die Investitionstätigkeit. Die Stärke der Investitionsneigung ging vor allem darauf zurück, daß sich die Ertragslage weiter verbesserte und die Produktion in den Industrieländern nach sechs Jahren Expansion in vielen Bereichen an Kapazitätsgrenzen stieß. Wichtig war dabei wohl auch, daß durch steuerliche Entlastungen, Verminderung von Regulierungen und Pri-

vatisierung von Staatsunternehmen in den letzten Jahren vielfach neue Produktionen angeregt wurden. In Europa hat zudem die Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt, der bis Ende 1992 vollendet werden soll, die Investitionstätigkeit verstärkt. Auch der private Konsum erhöhte sich in beachtlichem Tempo, nicht zuletzt aufgrund der Ausweitung der Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit ging nunmehr fast überall zurück; allerdings ist sie in den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften nach wie vor hoch. Die Auslastung der Kapazitäten entspricht in vielen Industrieländern wieder derjenigen in früheren Phasen der Hochkonjunktur. Der Preisanstieg hat sich unter diesen Bedingungen im allgemeinen verstärkt. Die Weltmarkt-

preise für Rohstoffe, die im Sommer vergangenen Jahres etwas nachgegeben hatten, zogen wieder an; vor allem aber verteuerte sich das Erdöl, nachdem die OPEC die Förderung beschränkt hatte.

Der Abbau der hohen Leistungsbilanzsalden ist seit dem vergangenen Herbst ins Stocken geraten; das Defizit der USA ging kaum noch zurück, und die Überschüsse Japans und der Bundesrepublik Deutschlands begannen erneut zu steigen. Dazu dürfte beigetragen haben, daß der Wechselkurs des Dollars trotz des Ausbleibens weiterer Fortschritte bei der Verringerung des Leistungsbilanzdefizits der USA auf dem wieder erhöhten Niveau verharrte, auf das er im Laufe des ersten Halbjahres 1988 gestiegen war. Die Auswirkungen der starken Abwertung des Dollars vom Frühjahr 1985 bis Ende 1987 ließen nach, insbesondere weil sich die Unternehmen in den Aufwertungsländern an die Veränderung der Währungsrelationen mehr und mehr angepaßt haben.

Die Stärke des Dollars geht auf den Stabilisierungskurs der amerikanischen Zentralbank zurück, die mit einer wiederholten Anhebung der Geldmarktzinsen einer Inflationsverstärkung vorzubeugen suchte. Das Zinsgefälle gegenüber dem Ausland vergrößerte sich dadurch, wengleich die geldpolitischen Zügel auch in Westeuropa gestrafft wurden. Da der Preis- und Kostenauftrieb im weiteren Verlauf dieses Jahres in den USA und in vielen anderen Industrieländern etwas zunehmen dürfte, ist damit zu rechnen, daß die monetären Instanzen ihre Stabilisierungsbemühungen fortsetzen und die Zinsen noch leicht steigen werden.

Die Finanzpolitik in den Industrieländern ist mittelfristig weiterhin um Konsolidierung bemüht; kurzfristig wirkt sie insgesamt etwa konjunkturalneutral. Von Jahr zu Jahr gibt es allerdings in den einzelnen Ländern erhebliche Abweichungen von dieser Grundlinie. So nimmt in den USA das Budgetdefizit im laufenden Haushaltsjahr wieder zu; erst für das nächste Jahr sind neue Konsolidierungsschritte zu erwarten. In der Bundesrepublik Deutschland dagegen wird das Finanzierungsdefizit 1989 stark sinken und 1990 im Zuge der Steuerreform wieder steigen. In Großbritannien wiederum sollen zunehmende Haushaltsüberschüsse nunmehr zur Bekämpfung der konjunkturellen Überhitzung beitragen. In Japan stehen den durch die Steuerreform bedingten Entlastungen erhebliche konjunkturelle Mehreinnahmen des Staates gegenüber.

Bei den angenommenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bestehen gute Chancen für eine „sanfte Landung“ der Weltkonjunktur. Allerdings sind Potentialgrenzen spürbarer geworden, und dies birgt auch beachtliche Risiken. So könnte sich die Erwartung einer nur mäßigen Verstärkung des Preis- und Kostenanstiegs und einer deshalb nur graduellen weiteren Straffung der Geldpolitik speziell in den USA als zu optimistisch erweisen. Ein zusätzliches Risiko liegt in der Labilität der Wechselkursenerwartungen als Folge der anhaltend hohen Leistungsbilanzsalden in den führenden Industrie-

ländern. Indes dürfte vor allem die schon vor etwa zwei Jahren eingeschlagene moderate Stabilisierungspolitik der amerikanischen Zentralbank, deren Fortsetzung hier angenommen wird, ein gewisses Vertrauen begründet und damit die Voraussetzungen für die Vermeidung von Friktionen verbessert haben. Der Wechselkurs des Dollars wird sich unter diesen Umständen real wohl nur wenig verändern. Der Weltmarktpreis für Erdöl schließlich wird vermutlich nicht so hoch bleiben wie in den vergangenen Monaten, nach der Einführung der Produktionsbeschränkungen ab Jahresbeginn; für die Prognose ist ein Ölpreis von 16 Dollar je Barrel im Jahresdurchschnitt 1989 und ein etwas höherer Preis 1990 unterstellt worden.

Unter den genannten Rahmenbedingungen wird die Expansion der Inlandsnachfrage in den USA im Laufe dieses und des nächsten Jahres gedämpft werden, und von der außenwirtschaftlichen Entwicklung werden nur geringe stimulierende Einflüsse ausgehen. In Japan und Westeuropa wird die Inlandsnachfrage zügig weiter steigen, wengleich schließlich ebenfalls bremsende Einflüsse aufgrund einer strafferen Geldpolitik spürbar werden dürften. Alles in allem wird der Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer im Jahre 1989 mit reichlich 3 vH wohl noch etwas oberhalb des Potentialpfades liegen; 1990 dürfte sich die Anstiegsrate auf etwa 2 ½ vH verringern.

Ein derartiges Einschwenken auf den Potentialpfad, ohne daß es zu einer Stabilisierungskrise in Form von Inflation und Rezession in den Industrieländern wie Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre kommt, wäre ein bemerkenswerter Erfolg der Wirtschaftspolitik. Gleichwohl muß damit gerechnet werden, daß einige Probleme wieder an Brisanz gewinnen. So könnte die Verlangsamung des Konjunktur- und Beschäftigungsanstiegs bei weiterhin großen außenwirtschaftlichen Salden die protektionistischen Bestrebungen verstärken. Gefahren liegen namentlich in einer restriktiven Anwendung des neuen Außenhandelsgesetzes in den USA und in den Bestrebungen zur Abgrenzung des Binnenmarktes der EG nach außen. Gerade die kräftige Ausweitung des Welthandels in den letzten Jahren zeigt aber, welche Bedeutung die freie Entfaltung außenwirtschaftlicher Impulse für die wirtschaftliche Expansion sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern hat.

In vielen Entwicklungsländern werden die Belastungen durch einen höheren Schuldendienst als Folge der Zinssteigerungen fürs erste wohl noch durch die positiven Impulse auf ihre Exporte aufgewogen werden, die von dem Konjunkturaufschwung in den Industrieländern ausgehen. Mit der sich abzeichnenden Verlangsamung des Konjunkturanstiegs im nächsten Jahr werden indes die Aussichten für die Erhöhung der Exporterlöse ungünstiger. Um so mehr kommt es darauf an, daß die Industrieländer ihre Märkte stärker öffnen. Dies ist auch unerläßliche Voraussetzung für einen nachhaltigen Erfolg der Bemühungen zur Entschärfung der Verschuldungskrise.

Verhaltenere Expansion in den USA

In den USA setzte sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Winterhalbjahr zügig fort. Die konjunkturelle Grundtendenz hat sich indes wohl leicht abgeflacht; dies wird lediglich durch die Unstetigkeiten infolge der dürrebedingten Ernteausfälle des vergangenen Jahres verdeckt. Nachgelassen hat vor allem die Expansion der Auslandsnachfrage. Die Beschäftigung wurde seit dem vergangenen Herbst nochmals beträchtlich ausgeweitet; die Arbeitslosenquote sank auf 5 vH. Seit Jahresbeginn hat sich der Preisanstieg merklich verstärkt. Die Defizite in der Leistungs- und in der Handelsbilanz gingen nur noch leicht zurück.

Die Inlandsnachfrage nahm kräftig zu. Der private Verbrauch expandierte — trotz eines Anstiegs der Sparquote — weiterhin rasch. Darin schlug sich die deutliche Zunahme der verfügbaren Einkommen nieder, die insbesondere auf den starken Beschäftigungsanstieg zurückzuführen ist. Die Expansion der Unternehmensinvestitionen war nicht mehr ganz so lebhaft wie im Sommerhalbjahr. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß sich die Anstöße aus dem Exportsektor abschwächten, zumal sich der Dollar im vergangenen Jahr wieder aufgewertet hat und sich die Zinsen weiter erhöhten. Der Wohnungsbau wurde trotz der höheren Zinsen wieder kräftiger als im Sommerhalbjahr ausgeweitet, wohl vor allem, weil die dämpfenden Wirkungen der Steuerreform nachgelassen haben.

Der Preisauftrieb hat sich im Verlauf des Winterhalbjahres mit zunehmender Kapazitätsauslastung beschleunigt. Die Produzentenpreise stiegen mit einer laufenden Jahresrate von reichlich 5 vH um mehr als einen Prozentpunkt stärker als im Sommerhalbjahr; nach der Jahreswende lag die Jahresrate insbesondere wegen des Ölpreisanstiegs sogar weit darüber. Die Verbraucherpreise erhöhten sich seit Jahresbeginn ebenfalls beschleunigt.

Die Geldpolitik hat ihren Stabilitätskurs, den sie Anfang 1987 eingeschlagen und nach dem Börsenkrach vom Oktober 1987 nur vorübergehend gelockert hatte, weiter verschärft. Die Geldmenge M2 wurde im Verlauf des Winterhalbjahres mit einer Jahresrate von rund 3 vH deutlich weniger als im Sommerhalbjahr ausgeweitet. Im Februar hob die Zentralbank den Diskontsatz nochmals — um einen halben Prozentpunkt auf 7 % — an. Seit Herbst vergangenen Jahres haben sich die kurzfristigen Zinsen um fast zwei Prozentpunkte erhöht, die langfristigen dagegen um weniger als einen Prozentpunkt. Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürfte die Zentralbank angesichts verstärkter steigender Preise bemüht sein, die Geldmengenerweiterung eng zu begrenzen.

Das Defizit im Bundeshaushalt wird im laufenden Haushaltsjahr das Vorjahresergebnis von 155 Mrd. \$ und somit auch die vom Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz vorgesehene Grenze von 136 Mrd. \$ deutlich überschreiten. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die

Zinsen erheblich höher sind als in der ursprünglichen Regierungsprognose angenommen und daß Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Sanierung überschuldeter Spar- und Darlehenskassen anstehen. Für das kommende Haushaltsjahr veranschlagt die Regierung zur Zeit ein Defizit von annähernd 100 Mrd. \$, also etwa so viel wie nach dem Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz vorgegeben ist. Der Haushaltsentwurf basiert aber auf offensichtlich zu optimistischen Annahmen über die Stärke des Wachstums und die Höhe der Zinsen. Das Defizit wird im kommenden Haushaltsjahr weit über der offiziellen Schätzung liegen, gleichwohl wird es erheblich niedriger sein als in diesem Jahr. Insgesamt dürften von der Finanzpolitik im nächsten Jahr dämpfende Wirkungen auf die Konjunktur ausgehen.

Die Inlandsnachfrage wird 1989 wohl langsamer zunehmen. Die Expansion des privaten Verbrauchs dürfte wegen eines sich verringernden Beschäftigungsanstiegs etwas nachlassen. Die Unternehmensinvestitionen werden zwar nochmals beachtlich ausgeweitet, zumal die Kapazitäten weitgehend ausgelastet sind. Der Anstieg dürfte aber deutlich niedriger sein als im Vorjahr, weil die Zinsen relativ hoch sind, die Stückkosten verstärkt steigen und die Absatzaussichten auf den Inlands- und Auslandsmärkten ungünstiger werden. Auch wird sich die Expansion der Ausfuhr verlangsamen. Die Einfuhr wird angesichts der schwächeren Aufwärtsentwicklung der Gesamtnachfrage ebenfalls nicht mehr so stark zunehmen wie zuvor.

Das reale Bruttosozialprodukt wird sich 1989 um $2\frac{3}{4}$ vH erhöhen; 1990 dürfte der Anstieg um etwa einen Prozentpunkt geringer sein. Die Inlandsnachfrage dürfte dabei erneut schwächer expandieren als das Bruttosozialprodukt. Der Anstieg der Verbraucherpreise verstärkt sich wohl zunächst noch leicht. Im Jahresdurchschnitt wird die Inflationsrate 1989 und 1990 bei jeweils etwa 5,5 vH liegen. Das Defizit in der Leistungsbilanz, das 1988 mit 135 Mrd. \$ das Vorjahresergebnis deutlich unterschritt, dürfte sich nicht mehr nennenswert verringern.

Kräftiger Aufschwung in Japan

In Japan hat sich der Konjunkturaufschwung, getragen vom Investitionsboom, fortgesetzt. Allerdings stieg die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Winterhalbjahr aufgrund von Sonderfaktoren nicht mehr ganz so kräftig wie zuvor. So war die Konsumneigung im Zusammenhang mit der Krankheit und dem Tod des Kaisers und in Erwartung von Preissenkungen bei langlebigen Konsumgütern — bedingt durch die Umgestaltung der indirekten Besteuerung — vorübergehend gedämpft. Die staatliche Nachfrage hat stagniert. Die Exporte nahmen seit Mitte letzten Jahres wieder deutlich zu. Der Anstieg der Importe verlangsamte sich. Der Leistungsbilanzüberschuß erhöht sich seit Sommer vergangenen Jahres wieder.

Für die Finanzpolitik bleibt im laufenden Haushaltsjahr das Ziel der Konsolidierung bestimmend. Staatsverbrauch und öffentliche Investitionen werden nur verhalten zunehmen. Anregungen auf die Nachfrage gehen indes von der Ende letzten Jahres verabschiedeten Steuerreform aus. Sie sieht eine Nettoentlastung der Steuerzahler in Höhe von etwa 0,5 vH des Bruttosozialproduktes vor. Im einzelnen werden vor allem Einkommen- und Körperschaftsteuern gesenkt, einige spezielle Verbrauchssteuern herabgesetzt oder abgeschafft und eine Mehrwertsteuer eingeführt. Berücksichtigt man schließlich die Progressionswirkungen des Steuersystems, so wird sich das Defizit im Zentralhaushalt wahrscheinlich nicht nennenswert verändern.

Die japanische Geldpolitik war bis zuletzt expansiv. Die Geldmenge M2 einschließlich Depositenzertifikate wurde zügig ausgeweitet. Die Zentralbank wird zwar im Hinblick auf die hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse bestrebt bleiben, die weitere kräftige interne Expansion durch eine reichliche Liquiditätsversorgung zu stützen. Sie wird aber der Geldwertstabilität angesichts zunehmender Angebotsengpässe mehr Aufmerksamkeit schenken und das Tempo der Geldmengenausweitung etwas verlangsamen. Die Zinsen werden sich unter diesen Umständen wahrscheinlich leicht erhöhen.

In diesem und im kommenden Jahr wird die Inlandsnachfrage nicht mehr ganz so stark steigen, gleichwohl die treibende Kraft des Aufschwungs bleiben. Bei den gewerblichen Investitionen werden so hohe Expansionsraten wie bisher zwar nicht mehr erreicht werden, die Zunahme wird angesichts recht günstiger Absatz- und Gewinnerwartungen aber kräftig bleiben. Die verfügbaren Einkommen dürften bei einem nur wenig geringeren Beschäftigungsanstieg und höheren Lohnzuwachsen weiterhin merklich zunehmen. Bei sich normalisierender Konsumneigung wird der private Verbrauch im weiteren Verlauf dieses Jahres daher wieder kräftiger ausgeweitet; 1990 dürfte sich seine Zunahme indes leicht abschwächen. Im Zuge der weniger raschen Welthandelsexpansion werden die japanischen Ausfuhren wohl etwas verlangsamt steigen; obwohl sich der Anstieg der Einfuhr abschwächt, dürfte sich der Außenbeitrag leicht verringern.

Insgesamt wird sich die Expansion des Bruttosozialprodukts allmählich verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt dürfte sie 1989 etwa 4,5 vH und 1990 rund 4 vH betragen. Die Preise dürften durch die Einführung der Mehrwertsteuer im April zunächst verstärkt steigen. Bei stabilen Lohnstückkosten und zunehmender Marktöffnung nach außen wird die Preisentwicklung im Verlaufe dieses und des kommenden Jahres aber wohl moderat bleiben. Die Verbraucherpreise werden jeweils um etwa 2,5 vH über dem Niveau des Vorjahres liegen.

Weiter zügige Expansion in Westeuropa

In Westeuropa setzte sich der Produktionsanstieg im Winterhalbjahr, begünstigt durch die ungewöhnlich milde

Witterung, zügig fort. Bestimmend blieben die von der innereuropäischen Nachfrage ausgehenden Impulse; insbesondere wurden die gewerblichen Investitionen weiterhin kräftig ausgeweitet. Die Beschäftigung nahm deutlich zu, und die Zahl der Arbeitslosen sank. Der Preisanstieg beschleunigte sich nun auch auf der Verbraucherstufe; seit der Jahreswende trägt dazu eine merkliche Verteuerung der Einfuhr bei.

Die Investitionsdynamik hat verschiedene Ursachen. So wurden die Absatzaussichten nach wie vor günstig beurteilt. Die Ertragslage scheint sich abermals verbessert zu haben. Die Auslastung der Produktionskapazitäten hat zuletzt den hohen Stand vom Beginn der siebziger Jahre wieder erreicht; häufig kam es zu Kapazitätsengpässen. Infolgedessen gewannen Erweiterungsinvestitionen weiter an Gewicht. Rationalisierung und Modernisierung blieben jedoch, auch wegen der Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt, die wichtigsten Investitionsmotive. Im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau setzte sich der merkliche Anstieg der Investitionen fort, nicht zuletzt wegen der milden Witterung.

Der private Verbrauch expandierte weiter deutlich, wenn auch etwas verlangsamt; überdurchschnittlich blieb die Zunahme der Nachfrage nach Dienstleistungen und langlebigen Verbrauchsgütern. Der Anstieg der realen verfügbaren Einkommen schwächte sich bei beschleunigtem Preisanstieg leicht ab. Trotz der Zinsanhebungen erhöhte sich die Sparneigung insgesamt kaum. Besonders kräftig wurde der private Konsum wiederum in Italien und Spanien ausgeweitet. In Großbritannien, wo er bis zum Herbst ebenfalls sehr stark gestiegen war, nahm er wohl auch infolge der starken Kreditverteuerung nur noch verhalten zu. In Dänemark und Norwegen blieb die Wirtschaftspolitik auf eine Dämpfung des Konsums ausgerichtet, der Rückgang des privaten Verbrauchs hielt an.

Der Außenhandel expandierte weiter sehr lebhaft. Insbesondere weitete sich der innereuropäische Austausch kräftig aus, auf den etwa zwei Drittel der Umsätze entfallen. Aber auch der Export in Drittländer belebte sich. So sind die Lieferungen nach Nordamerika wieder gestiegen, nicht zuletzt weil westeuropäische Anbieter wegen der Erholung des Dollarkurses während des vorigen Jahres konkurrenzfähiger wurden. Die Ausfuhr in die Entwicklungsländer und — nach längerem Rückgang — in die Ölexportländer dürfte sich wieder erhöht haben. Lediglich in den Staatshandelsländern scheint der Absatz westeuropäischer Waren kaum ausgeweitet worden zu sein. Die Einfuhr aus Drittländern expandierte nur noch wenig rascher als die Ausfuhr dorthin. Insgesamt erhöhte sich der negative reale Außenbeitrag vermutlich nur leicht. In nominaler Rechnung ist der Überschuß der westeuropäischen Leistungsbilanz weitgehend abgebaut worden. Die Leistungsbilanzen vor allem Großbritanniens und Spaniens, aber auch Italiens, Schwedens und Finnlands wiesen steigende Defizite auf, während sich die Fehlbeträge Dänemarks und Norwegens erneut verrin-

gerten und der Überschuß der Bundesrepublik Deutschland sich wieder erhöhte.

Bei der anhaltend deutlichen Zunahme der Produktion stieg die Beschäftigung weiterhin spürbar. Die Arbeitslosigkeit sank nunmehr in den meisten Ländern. Sie ist aber immer noch bemerkenswert hoch, obwohl die Sachkapazitäten annähernd voll ausgelastet sind.

Der Preisanstieg verstärkte sich im Sog der lebhaften Nachfrage seit dem vergangenen Herbst. In den letzten Monaten kamen Anstöße von außen hinzu. Die Verteuerung von Industrierohstoffen wurde nicht mehr durch einen Rückgang der Ölpreise kompensiert; vielmehr zogen auch diese erheblich an. Der inländisch bestimmte Teil des Kostenanstiegs blieb indes in den meisten Ländern mäßig. Da sich die Löhne weiterhin moderat erhöhten und die Produktivität fast unverändert zunahm, stiegen die Lohnstückkosten überwiegend nur verhalten; kräftig war der Auftrieb indes in Großbritannien, Italien, Schweden und Spanien. Die Kostensteigerungen konnten leicht überwältigt werden, weil die monetäre Expansion in den vergangenen Jahren kräftig gewesen war. Zudem ließ die Intensität des Wettbewerbs bei der hohen Auslastung der Kapazitäten nach. Der Anstieg der Verbraucherpreise wurde in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien durch eine Anhebung indirekter Steuern verstärkt, in den Niederlanden und in Frankreich hingegen durch eine Senkung vermindert.

Um eine nachhaltige Beschleunigung des Preisanstiegs zu verhindern, versuchten die Zentralbanken, die monetäre Expansion zu verlangsamen. Die Anhebung von Zinsen fiel um so leichter, als die USA vorangingen und damit die europäischen Notenbanken — bei einer als robust eingeschätzten Konjunktur — eine Politik der Stabilisierung nach innen und der Vermeidung einer stabilisierungswidrigen Abwertung in gleichem Zuge verfolgen konnten. Im weiteren Jahresverlauf dürften die Zinsen angesichts der mit der Hochkonjunktur verbundenen Gefahren für die Preisentwicklung nochmals etwas heraufgesetzt werden. Restriktiv wird die Geldpolitik — nach den kräftigen Zinsanhebungen seit dem vergangenen Sommer — wohl vor allem in Großbritannien, aber auch in Schweden wirken.

In der Finanzpolitik halten die meisten Länder am Konsolidierungskurs fest; der Rückgang der staatlichen Finanzierungsdefizite ist überwiegend die Folge des konjunkturell verstärkten Anstiegs der Steuereinnahmen. In Italien droht jedoch das ohnehin hohe Defizit wegen der ungebremsten Ausgabenexpansion weiter zu steigen; daher sind in diesem Jahr zusätzliche Erhöhungen vor allem indirekter Steuern zu erwarten. In einigen Ländern wie in den Niederlanden und in Frankreich wird die Konsolidierung auch durch die Steuersenkung vom Jahresanfang hinausgezögert. Insgesamt wird die Finanzpolitik annähernd konjunkturneutral sein.

Bei diesen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen verschlechtern sich die Absatzaussichten für die Unter-

nehmen in den meisten Ländern nur wenig. Da zudem die Kapazitäten hoch ausgelastet sind und die Ertragsaussichten günstig bleiben, werden die gewerblichen Investitionen weiterhin zügig expandieren, wenn auch etwas langsamer als im vergangenen Jahr. Die höheren Zinsen werden die Nachfrage nach Wohnbauten allmählich wieder dämpfen. Auch der private Verbrauch wird etwas schwächer steigen, weil das reale verfügbare Einkommen bei stärkerem Preisaufrtrieb und einer wieder langsameren Beschäftigungsausweitung nicht mehr so deutlich wie im vergangenen Jahr zunimmt und die höheren Zinsen die Ersparnisbildung eher anregen. Mit der langsameren Zunahme der Gesamtnachfrage wird die Einfuhr nicht mehr ganz so rasch expandieren wie bisher. Zugleich wird die Ausfuhr weiter deutlich steigen, wenn auch in etwas abgeschwächtem Tempo; so werden von der Außenwirtschaft kaum noch dämpfende Effekte ausgehen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird etwas langsamer als im Winterhalbjahr steigen. Das reale Brutto-sozialprodukt dürfte im Jahresergebnis 1989 um 3 vH zunehmen und 1990 um etwa 2½ vH. Das Expansions-tempo wird damit ungefähr dem Wachstum des Produktionspotentials entsprechen. Die Beschäftigung wird langsamer als bisher ausgeweitet werden und die Arbeitslosigkeit nur wenig sinken. Der Preisanstieg dürfte sich noch etwas beschleunigen. Im Jahresdurchschnitt wird die Teuerungsrate mit 4½ vH um reichlich einen Prozentpunkt höher sein als 1988. In etwa gleichem Maße dürften die Preise im nächsten Jahr steigen.

Nachlassender Preisaufrtrieb bei Rohstoffen

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe haben sich die Preise — nach nur vorübergehender Abschwächung — seit dem vergangenen Herbst wieder merklich erhöht. Dazu trugen neben der anhaltenden Zunahme des Verbrauchs von Rohstoffen auch Angebotsausfälle bei, die insbesondere durch Streiks verursacht wurden. Insgesamt war das Preisniveau für Industrierohstoffe im März auf Dollarbasis um rund 10 vH höher als vor Jahresfrist; in Europäischen Währungseinheiten (ECU) gemessen war der Anstieg etwa doppelt so groß.

Bei der zu erwartenden Verlangsamung des Nachfrage- und Produktionsanstiegs in den Industrieländern wird die Zunahme des Rohstoffverbrauchs im weiteren Verlauf dieses Jahres etwas nachlassen. Die Lagerdispositionen der Verarbeiter werden wohl auch aufgrund der erhöhten Zinsen zurückhaltender werden. Zwar wird die Produktion von Rohstoffen, insbesondere von NE-Metallen, weiterhin zügig ausgeweitet. Wegen der niedrigen Vorräte bei den Erzeugern und an den Warenbörsen wird aber das Angebot am Markt zumeist wohl nur allmählich reichlicher werden; in dieser Situation würden Lieferstörungen, die wiederum vor allem durch Streiks ausgelöst werden

könnten, leicht zu heftigen Preisreaktionen führen. Der Grundtendenz nach dürfte sich indes der Preisauftrieb an den Weltmärkten für Rohstoffe im weiteren Verlauf kaum noch fortsetzen.

Die Erdölpreise sind vor allem aufgrund der Förderbeschränkungen der OPEC-Länder, aber auch infolge von Produktionsstörungen in der Nordsee und Transportunterbrechungen in Alaska kräftig gestiegen. Nordseeöl kostete in den letzten Wochen fast doppelt so viel wie im vergangenen Herbst. Der Ölverbrauch wird in diesem Jahr bei dem verlangsamten Anstieg der Weltkonjunktur voraussichtlich etwas weniger zunehmen als 1988. Die Preisentwicklung wird indes vor allem durch die Angebotspolitik der Förderländer bestimmt. Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen vermuten, daß sich die Förderdisziplin der OPEC-Länder bei den deutlich erhöhten Preisen allmählich wieder lockert. Dies spricht für einen Rückgang der Notierungen im weiteren Verlauf dieses Jahres. Hier wird angenommen, daß der durchschnittliche Einfuhrpreis für Erdöl in den Industrieländern im Jahresdurchschnitt 1989 etwa 16 Dollar je Barrel betragen wird, nach knapp 15 Dollar im Vorjahr.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel hat sich das Preisniveau seit dem Herbst nicht weiter erhöht. Für die Saison 1989/90 ist mit einer kräftigen Ausweitung des Anbaus von Weizen, Mais und Sojabohnen zu rechnen. Die Preise dieser Produkte dürften, ebenso wie die von Zucker und Kakao, nachgeben. Bei Kaffee dürfte die Exportkontingentierung trotz der sich abzeichnenden geringen Ernte in Brasilien fortgesetzt werden; er wird sich wahrscheinlich etwas verteuern.

Lebhafter Anstieg des Welthandels

Von dem weltwirtschaftlichen Aufschwung gingen merkliche Anregungen auf den Welthandel aus; seine Expansion hat sich im Winterhalbjahr in raschem Tempo fortgesetzt. Ebenso wie die Einfuhren der Industrieländer nahmen die Bezüge vieler Entwicklungsländer deutlich zu, am ausgeprägtesten die der südostasiatischen Schwellenländer, deren Wirtschaft weiterhin kräftig expandierte. Die Importe der erdölexportierenden Entwicklungsländer sanken zumindest nicht mehr.

Im Zuge der leichten konjunkturellen Verlangsamung in den Industrieländern wird deren Einfuhr im weiteren Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr nicht mehr ganz so kräftig steigen. Dabei wird infolge des sich abzeichnenden Konjunkturgefalles der Import in Japan und auch in Westeuropa lebhafter zunehmen als in den USA. In Westeuropa wird der Warenaustausch auch durch die angestrebte Vollendung des Binnenmarktes angeregt. Die Entwicklungsländer insgesamt werden bei zunächst weiterhin günstigen Exporterlösen ihre Importe noch deutlich ausweiten, wengleich das Tempo wohl nachläßt. Besonders stark dürften nach wie vor die asiatischen Schwellenländer mit zunehmender Einbindung in die internationale Arbeitsteilung ihre Bezüge steigern. Die erdölexportierenden Entwicklungsländer werden ihre Importe, die sich seit Beginn der achtziger Jahre halbiert hatten, wohl wieder erhöhen. Alles in allem wird sich die Expansion des Welthandels etwas verlangsamen. Nach einem Anstieg von im Durchschnitt fast 9 vH im letzten Jahr, dürfte die Zunahme des realen Welthandels in diesem Jahr rund 7 vH und im nächsten etwa 5 vH betragen.

Reales Bruttosozialprodukt und Inlandsnachfrage in ausgewählten Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Gewicht in vH	Inlandsnachfrage		
		1988	1989	1990		1988	1989	1990
Bundesrepublik Deutschland	10,5	3,4	3,0	2,5	10,0	3,5	2,5	2,5
Frankreich	8,3	3,2	3,0	2,5	8,3	3,5	3,0	2,5
Italien	7,1	3,9	3,5	3,0	7,1	4,3	4,0	3,5
Großbritannien	6,2	3,7	2,5	1,5	6,3	5,5	3,0	1,5
Westeuropa ²⁾	32,1	3,5	3,0	2,4	31,7	4,1	3,1	2,5
USA	41,7	3,9	2,75	1,75	42,9	3,0	2,25	1,25
Japan	22,3	5,7	4,5	4,0	21,5	7,7	5,0	4,5
Kanada	3,9	4,5	3,0	2,0	3,9	5,8	3,0	2,0
Industrieländer ²⁾	100,0	4,2	3,2	2,5	100,0	4,5	3,2	2,4

¹⁾ Veränderungsrate für 1989 und 1990 geschätzt. — ²⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttosozialprodukt bzw. Inlandsnachfrage von 1987.

Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Verbraucherpreise		
		1988	1989	1990	1988	1989	1990
Bundesrepublik Deutschland	9,3	3,4	3,0	2,5	1,2	3,0	3,0
Frankreich	7,3	3,2	3,0	2,5	2,7	3,5	3,5
Italien	6,3	3,9	3,5	3,0	5,0	6,5	6,5
Großbritannien	5,5	3,7	2,5	1,5	4,9	7,0	6,0
Spanien	2,4	5,0	4,5	3,5	4,8	6,5	6,5
Niederlande	1,8	2,8	3,0	2,5	0,7	1,0	2,0
Schweiz	1,4	2,7	2,5	2,0	1,9	3,0	3,5
Schweden	1,3	2,5	2,0	1,5	5,8	6,5	6,5
Belgien	1,2	3,5	3,0	2,5	1,2	2,5	3,0
Österreich	1,0	4,2	3,0	2,5	2,0	2,5	3,0
Dänemark	0,8	0,0	1,0	1,0	4,6	4,5	4,0
Finnland	0,7	4,6	3,5	3,0	5,1	5,5	5,5
Norwegen	0,7	1,5	2,0	2,0	6,7	5,5	5,0
Westeuropa ²⁾	39,7	3,4	3,0	2,4	3,2	4,5	4,5
USA	37,0	3,9	2,75	1,75	4,1	5,5	5,5
Japan	19,8	5,7	4,5	4,0	0,7	2,5	2,5
Kanada	3,5	4,5	3,0	2,0	4,1	5,0	5,0
Insgesamt ²⁾	100,0	4,1	3,2	2,5	3,1	4,5	4,5
Nachrichtlich Insgesamt ³⁾		3,5	2,9	2,3	3,2	4,3	4,4

1) Veränderungsdaten für 1989 und 1990 geschätzt. — 2) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttosozialprodukt von 1987. — 3) Gewichtet mit Anteilen an der deutschen Ausfuhr 1987.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Nachfrage und Produktion in der Bundesrepublik sind im Winterhalbjahr erneut kräftig gestiegen. Dabei wurden teilweise die Kapazitätsgrenzen erreicht. Nach sechs Jahren Aufschwung ist die Wirtschaft damit in eine Phase beginnender Anspannungen geraten, die sich trotz der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit auch auf dem Arbeitsmarkt in zunehmender Überstundenarbeit und in Teilbereichen in einem Mangel an geeigneten Arbeitskräften bemerkbar machen.

Zu einem für solche Phasen typischen Lohnkostenauftrieb ist es auch dank der maßvollen längerfristigen Tarifvereinbarungen indes bisher nicht gekommen. Wenn gleichwohl inzwischen die Preise wieder deutlich steigen, so ist dies auf von außen kommende Preisauftriebskräfte, die Erhöhung von indirekten Steuern sowie die starke Nachfrage und die zunehmenden Kapazitätsengpässe zurückzuführen.

Genährt wird der Konjunkturaufschwung bei weiterhin blendender Exportsituation in zunehmendem Maße von den Investitionen der gewerblichen Wirtschaft. Wieder mehr Vertrauen in eine gesunde Entwicklung von Weltwirtschaft und Binnenwirtschaft, die Herausforderung durch den künftigen EG-Binnenmarkt und nicht zuletzt das Fühlbarwerden von Kapazitätsgrenzen führten zur Verstärkung der Investitionsdynamik. Mit der deutlichen Belebung der Investitionen stellten die Unternehmen auch vermehrt zusätzliche Arbeitskräfte ein. Die These, daß eine verbesserte Ertragslage schließlich zu mehr Investitionen und zu mehr Beschäftigung führt, ist in dem — vor allem infolge verbesserter Absatzerwartungen — wieder günstigeren wirtschaftlichen Umfeld bestätigt worden.

Die Wirtschaftspolitik ist mit der Abschöpfung von Einkommen durch erhöhte Steuern und mit der Straffung der monetären Zügel auf einen im Prinzip bremsenden Kurs eingeschwenkt. Die Konjunktur wurde hierdurch jedoch noch nicht beeinträchtigt. Auf die höhere Verbrauchsteuerbelastung antworteten die privaten Haushalte erst einmal mit einer Verringerung ihrer Ersparnis, und die Wirkung geldpolitischer Maßnahmen tritt stets mit Verzögerung ein. Hinzu kommt, daß die Reaktionen auf die Einführung der Quellensteuer vermutlich die Abwertung der D-Mark verstärkten, die die preisliche Wettbewerbssituation deutscher Anbieter verbessert hat.

Monetäre Expansion trotz Zinsanstiegs noch nicht gebremst

Die Entwicklung auf den Geld- und Kapitalmärkten war im Winterhalbjahr in der Bundesrepublik — ähnlich wie in anderen westlichen Industrieländern — von einem deutlichen Anstieg des Zinsniveaus geprägt. Die Verschlechterung

des Preisklimas, die Tendenz zu einer Höherbewertung des Dollars und die abermalige Verfehlung des Geldmengenziels bewogen die Bundesbank, über ein mehrfaches Heraufschleusen der Leitzinsen und der Wertpapierpensionssätze die Geldmarktzinsen zu erhöhen; der Zinsanstieg belief sich auf eineinhalb Prozentpunkte. Auch die Kapitalmarktzinsen zogen an.

Neben der strafferen Geldpolitik trugen dazu die rasche Ausweitung der Kreditnachfrage und gestiegene Auslandszinsen zusammen mit einer Schwächetendenz der D-Mark bei. Der inländische Zinsanstieg wurde durch die Einführung der Quellensteuer auf Zinserträge verstärkt. Viele Sparer verringerten ihre Bestände an Inlandsanleihen und anderen Inlandsanlagen, deren Erträge der Quellensteuer unterliegen. Zum großen Teil wurden stattdessen — neben DM-Auslandsanleihen — Fremdwährungstitel erworben; deshalb nahm der Druck auf den Wechselkurs der D-Mark zu.

Mit einem dreiviertel Prozentpunkt fiel die Erhöhung der durchschnittlichen Umlaufrendite für festverzinsliche Anleihen merklich geringer aus als die der Geldmarktzinsen. Die Zinsdifferenzen bei Wertpapieren mit unterschiedlichen Laufzeiten haben sich damit erheblich verringert. Offensichtlich rechnen die Finanzmärkte auf mittlere Sicht nicht mit einer nennenswerten Beschleunigung des Preisanstiegs, zumal die Geldpolitik seit Mitte vorigen Jahres bemüht ist, die monetäre Expansion zu dämpfen.

Obwohl die Bundesbank bereits länger als ein halbes Jahr einen auf Verteuerung des Geldangebots gerichteten Kurs verfolgt, schwächte sich die monetäre Expansion nicht ab. Noch im Februar übertraf die Geldmenge M3 den Wert vom vierten Quartal 1988, auf Jahresrate hochgerechnet, um reichlich 7 vH und lag damit deutlich über dem Ziel für 1989, nach dem die Geldmenge M3 um etwa 5 vH ausgeweitet werden soll. Besonders stark expandierte, vor allem um die Jahreswende, der Bargeldumlauf. Er nahm mit einem Tempo zu, das sich weder mit Einkommenssteigerungen noch mit der Zins- und Wechselkursentwicklung erklären läßt. Wahrscheinlich hat die Quellensteuer dazu geführt, daß viele Sparer auf der Suche nach quellensteuerfreien Anlageformen zunächst ihre Geldbestände aufgestockt haben.

Von der finanzpolitischen Anregung zur Bremsung

Die Finanzpolitik hat im vergangenen Jahr zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen. Impulse gingen vor allem von der zweiten Stufe der Steuerentlastungen aus, die die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 11 Mrd. DM erhöhte. Auf den zusätzlichen Finanzbedarf der Europäischen Gemeinschaften und auf den weitgehenden Ausfall des Bundes-

bankgewinns reagierte die Finanzpolitik weder mit einer Erhöhung von Steuern noch mit einer Kürzung der Ausgaben, insbesondere für Investitionen. Das Defizit der Gebietskörperschaften war deutlich niedriger als zu Anfang vorigen Jahres befürchtet, weil den öffentlichen Haushalten konjunkturbedingt mehr Einnahmen zuflossen, als ursprünglich erwartet worden war.

Vor allem gegen Jahresende sind die Ausgaben des Staates insgesamt wegen der Vorzieheffekte bei der gesetzlichen Krankenversicherung in Verbindung mit der Reform des Gesundheitswesens beschleunigt gestiegen. Nach Angaben der Kassen wurden von den Versicherten Leistungen in einem Umfang von etwa 3 Mrd. DM vorgezogen. Mit dem Inkrafttreten der Reform wird das Niveau der Ausgaben gesenkt.

Einen Wandel gab es auch bei der Steuerpolitik. Den Entlastungen bei der Einkommensteuer im Vorjahr folgten zum Jahresbeginn Belastungen durch höhere indirekte Steuern, die zusammen mit der Anfang Mai in Kraft tretenden Tabaksteuererhöhung in diesem Jahr einschließlich des Mehrwertsteuereffekts insgesamt etwa 9,5 Mrd. DM ausmachen werden. Hinzu kommen Mehreinnahmen von voraussichtlich 4 Mrd. DM wegen der Einführung der Quellensteuer und von 0,8 Mrd. DM aufgrund der Erhöhung des Kohlepfennigs. Außerdem werden die Einkommenszuwächse 1989 wieder voll von der Progression des Einkommensteuertarifs erfaßt.

Starke Impulse aus dem Ausland

Die rege Konjunktur in den westlichen Industrieländern ließ die Auslandsnachfrage — namentlich aus Westeuropa — bis zuletzt kräftig steigen. Besonders begünstigt war das Investitionsgütergewerbe, das traditionell einen hohen Anteil am Gesamtexport hat. Die Ausfuhr nahm fast unverändert stark zu. Dabei vergrößerten sich die Auftragsbestände weiterhin. Dies gilt vor allem für den Maschinenbau. Da in den Käuferländern nicht nur die Investitionen, sondern auch die privaten Verbrauchsausgaben merklich stiegen, nahm die Ausfuhr von Kraftfahrzeugen und Erzeugnissen der Verbrauchsgüterindustrie ebenfalls kräftig zu. Dagegen verlangsamte sich der Anstieg der Ausfuhr von Erzeugnissen der Grundstoffindustrie stark. Offenbar hat der Lageraufbau im Ausland bei diesen Produkten erheblich nachgelassen.

Erleichtert wurden die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft zweifellos durch die relativ niedrige Bewertung der D-Mark sowohl gegenüber dem US-Dollar als auch gegenüber den Währungen der am EWS beteiligten Länder. Für den deutlichen Wiederanstieg der Exporte in die USA dürfte die Veränderung der Wechselkursrelation nicht unwichtig gewesen sein. Kräftig zugenommen hat auch die Ausfuhr in die südostasiatischen Schwellenländer.

Wenig dynamisch war die Ausfuhr in die OPEC-Länder und in die übrigen Entwicklungsländer. Bei den OPEC-Ländern dürfte sich bremsend auf deren Einfuhr ausgewirkt haben, daß der Ölpreis bis kurz vor Jahresende 1988 sank, was zu einem Erlösrückgang führte, da die abgesetzten Mengen nicht entsprechend stiegen. Bei den übrigen Entwicklungsländern hemmen die ungelösten Schuldenprobleme den Anstieg der Nachfrage nach Einfuhrgütern.

Rasche Zunahme der Einfuhr

Nachdem die reale Wareneinfuhr im Einklang mit der lebhaften Expansion der Gesamtnachfrage schon im Sommerhalbjahr 1988 kräftig zugenommen hatte, wurde sie gegen Jahresende nochmals beschleunigt ausgeweitet. Sprunghaft gestiegen ist die Einfuhr von industriellen Vorprodukten. Die Umkehr der längere Zeit abwärts gerichteten Preistendenz für Rohöl auf dem Weltmarkt und die für Anfang 1989 beschlossene Erhöhung der Steuer für leichtes Heizöl veranlaßten Unternehmen und private Haushalte zu einer Aufstockung ihrer Vorräte; als Reaktion auf diese Effekte ging die Einfuhr nach der Jahreswende deutlich zurück.

Der Import von Fertigwaren-Enderzeugnissen nahm dagegen auch nach der Jahreswende in raschem Tempo zu. Dies gilt insbesondere für Investitionsgüter. Hier spielt wohl die hohe Auslastung der heimischen Produktionskapazitäten eine Rolle. Zur Befriedigung der weiter rasch steigenden Nachfrage wird in zunehmendem Maße auf das ausländische Angebot — nicht zuletzt aus dem südostasiatischen Raum — zurückgegriffen.

Insgesamt stieg die reale Einfuhr im Winterhalbjahr wohl etwas schneller als die Ausfuhr. An der Überschussposition der Bundesrepublik hat sich dabei jedoch nichts geändert. In nominaler Rechnung ergibt sich sogar ein weiterer Anstieg. Dies gilt in gleicher Weise für die Leistungsbilanz.

Nachhaltig erhöhte Investitionsbereitschaft der Unternehmen

Der kräftige Anstieg der Unternehmensinvestitionen hat sich fortgesetzt, nach der Jahreswende sogar beschleunigt. Zu dieser Entwicklung tragen neben dem schon seit längerem günstigen Investitionsklima — vor allem sehr gute Ertragslage, günstige Absatzaussichten, gestiegene Rentabilität von Sachanlagen im Vergleich zu Finanzanlagen — Kapazitätsengpässe in wichtigen Bereichen bei, die die Unternehmen mehr als bisher zu Erweiterungsinvestitionen veranlassen. Dies wird unter anderem in der lebhaften Entwicklung des Wirtschaftsbaus sichtbar. Die realen Ausrüstungsinvestitionen der gewerb-

lichen Wirtschaft dürften im Winterhalbjahr 1988/89 um 8 vH höher gewesen sein als vor Jahresfrist, ihre Bauinvestitionen um etwa 6 bis 7 vH; der gegenüber dem Vorjahr nochmals mildere Winter hat das Niveau der Bauinvestitionen im ersten Vierteljahr allerdings stark überhöht.

Expansiver Wohnungsbau

Die Investitionstätigkeit im Wohnungsbau nahm nach der Jahreswende nicht nur witterungsbedingt kräftig zu, sondern auch, weil sich die Situation im Wohnungsbau allgemein weiter verbessert hat. Während dem Anstieg der Nachfrage nach Einfamilienhäusern lange Zeit eine noch größere Verminderung im Zweifamilienhausbau und im Geschoßwohnungsbau gegenüber stand, nimmt nun auch hier die Nachfrage wieder zu, nachdem die Zahl leerstehender Mietwohnungen — unter anderem wegen des starken Zustroms von Aussiedlern und Ausländern — stark abgenommen hat, die Mieten deutlich gestiegen sind und der Neubau von Wohnungen wieder höhere Renditen verspricht. Die Baugenehmigungen übertrafen im Winterhalbjahr das Vorjahresniveau um ein Fünftel.

Angeregt wird die Nachfrage nach Wohnbauleistungen auch dadurch, daß die Furcht, bei einer Anlage in Immobilien längerfristig Wertverluste hinnehmen zu müssen, eher wieder der Erwartung von Wertsteigerungen Platz gemacht hat, nachdem die Preise teilweise stark angezogen haben. Alles in allem wurden im Winterhalbjahr die Wohnbauinvestitionen der entsprechenden Vorjahresperiode um 4 bis 5 vH übertroffen.

Zuletzt wieder kräftige Verbrauchszunahme

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich im Winterhalbjahr mit einer laufenden Jahresrate von rund 4 vH in unverändertem Tempo; dabei nahmen die Nettolöhne und -gehälter wegen der beschleunigten Ausweitung der Beschäftigung etwas rascher zu als zuvor, die Transfereinkommen wegen Kürzungen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung deutlich langsamer. Die Realeinkommen der Haushalte sind indes nach der Jahreswende wegen der Erhöhung der Verbrauchsteuern und wegen der allgemein wieder stärkeren Verteuerung der Lebenshaltung kaum gestiegen. Insofern bestanden also verschlechterte Bedingungen für die weitere Entwicklung des realen privaten Verbrauchs. Dieser nahm in den ersten Monaten des Jahres trotzdem kräftig zu, und zwar mit einer laufenden Jahresrate von rund 4 vH. Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, daß das Ostergeschäft in das erste Quartal fiel, doch zeigt sich an dieser Entwicklung auch, daß die Verbraucher auf die Belastung durch höhere Steuern zunächst mit einer spürbaren Senkung ihrer Sparquote reagieren.

Vermehrt gekauft wurden vor allem langlebige Gebrauchsgüter wie Möbel und elektrotechnische Erzeug-

nisse. Dagegen verharren die PKW-Käufe der privaten Haushalte, gemessen an den Zulassungen, auf dem im Herbst erreichten Niveau. Daneben ist der Absatz von Textilien, Bekleidung und Schuhen nach dem starken Rückgang Ende vorigen Jahres zügig gestiegen. Die Ausgaben der privaten Haushalte für Energie gingen unter dem Einfluß der milden Witterung und der wegen der Erhöhung der Heizölsteuer vorgezogenen Käufe nach der Jahreswende zurück.

Produktion und Beschäftigung beschleunigt gestiegen

Die kräftige Aufwärtsentwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion setzte sich im Winterhalbjahr fort, nach der Jahreswende sogar mit verstärktem Schwung. Zu der Beschleunigung des Anstiegs trug allerdings hauptsächlich die ungewöhnlich milde Witterung bei. Nach Ausschalten des Witterungseffektes ist die gesamtwirtschaftliche Produktion — gemessen an der laufenden Jahresrate — im Winterhalbjahr mit 3 vH ähnlich stark wie im Sommerhalbjahr gestiegen.

Die Produktionsausweitung hat inzwischen nahezu alle Bereiche erfaßt. Im Verarbeitenden Gewerbe wurde sie weiterhin insbesondere vom Investitionsgüter- sowie vom Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe getragen. Im Baugewerbe, in dem sich die konjunkturelle Lage im vergangenen Jahr schon stark gebessert hatte, wurde das Produktionsniveau vom Vorjahr im ersten Vierteljahr um etwa 10 vH übertroffen. Auch wenn man berücksichtigt, daß die Bauproduktion in diesem Winter vom Wetter noch weniger behindert war als vor einem Jahr, verbleibt ein merklicher konjunktureller Anstieg. Die Leistungen im Handel stiegen etwa im bisherigen Tempo, im Verkehr wegen der Witterung sogar verstärkt. Unvermindert kräftig blieb die Expansion in den privaten Dienstleistungssektoren.

Mit der beschleunigten Zunahme der Produktion stieg auch die Zahl der Erwerbstätigen verstärkt, zumal die Beschäftigungsreserven in den Unternehmen weitgehend aufgebraucht sind. Eine Hauptrolle bei dem beschleunigten Anstieg der Beschäftigung spielte neben der milden Witterung die weitere Besserung der Konjunktur. Im Verlauf des Winterhalbjahres erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um rund 140 000, nach 85 000 im Sommerhalbjahr. Der Vorjahresstand wurde zuletzt um rund 220 000 oder 0,8 vH überschritten¹. Dazu haben arbeits-

¹ Inzwischen liegen für die Jahre 1987 und 1988 korrigierte Angaben für die Zahl der Erwerbstätigen auf der Grundlage der Volkszählungsergebnisse vor. Diese Werte übertreffen das bisherige, über Fortschreibung ermittelte Niveau jeweils um reichlich eine Million. In dieser Analyse wurde von der bisherigen Reihe ausgegangen, zumal die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung noch auf den alten Zahlen basiert und die Verwendung der neuen Zahlen zu Inkonsistenzen geführt hätte.

marktpolitische Maßnahmen nicht beigetragen; im Gegenteil, diese wurden vielmehr eingeschränkt.

Erstmals seit 1986 nahm die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe wieder zu. Die Umkehr der Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe erklärt, zusammen mit jener im Baugewerbe, zum größten Teil die Beschleunigung des Gesamtanstiegs. Im Bauhauptgewerbe kam der seit 1980 zu beobachtende Rückgang der Beschäftigtenzahl im Herbst vorigen Jahres zum Stillstand, zuletzt ist sie sogar gestiegen. Am stärksten zur Beschäftigungsausweitung trugen, wie schon bisher, die Dienstleistungen bei. Besonders kräftig war der Anstieg bei den privaten Organisationen, vor allem im sozialen, kulturellen und erzieherischen Bereich. Der Handel hat die Zahl seiner Beschäftigten ebenfalls spürbar vergrößert, wohl vor allem durch die Einstellung von Teilzeitkräften. Der Öffentliche Dienst erhöhte seinen Personalstand ebenso wie im Vorjahr mit einer Rate von 0,7 vH. Im Verkehrsbereich stagnierte die Beschäftigung, in der Landwirtschaft war sie weiterhin rückläufig.

Der anhaltende konjunkturelle Aufschwung spiegelt sich auch in anderen Arbeitsmarktdaten wider. Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich mit 185 000 im ersten Vierteljahr gegenüber dem Vorjahr halbiert. Damit war sie so niedrig wie im Höhepunkt des vorausgegangenen Aufschwungs 1979/80. Die Zahl der offenen Stellen nahm weiterhin zu. Mit 220 000 hat sie sich gegenüber dem Beschäftigungstiefpunkt Ende 1983 um fast 150 000 erhöht. Berücksichtigt man, daß die Unternehmen nur einen Teil ihres ungedeckten Kräftebedarfs der Arbeitsverwaltung melden, so wird auch in diesen Zahlen der Wandel der Arbeitsmarktsituation deutlich.

Überraschend positiv entwickelte sich die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging noch stärker zurück, als die der Erwerbstätigen stieg. Da gleichzeitig das Erwerbspotential nur wenig verlangsamt weiter wuchs, läßt sich diese Entwicklung anhand der verfügbaren Daten nicht befriedigend interpretieren. Vieles spricht dafür, daß die Erwerbstätigenzahl stärker, als statistisch ausgewiesen wird, gestiegen ist. Möglicherweise wurden in Verbindung mit der achten Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes nun auch Arbeitslose, die sich über längere Zeit nicht bei ihrem Arbeitsamt um Vermittlung bemüht haben, aus der Arbeitslosenkartei entfernt. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit umfaßte der Kreis jener registrierten Arbeitslosen, die sich länger als drei Monate nicht beim Arbeitsamt gemeldet haben, im September 1988 knapp 200 000 Personen. Auch könnten die durch das steigende Angebot an Arbeitsplätzen verbesserten Vermittlungsmöglichkeiten der Arbeitsämter dazu geführt haben, daß häufiger als früher Arbeitslose, die an einer Arbeitsaufnahme nicht ernsthaft interessiert sind, bei mehrmaliger Ablehnung eines Arbeitsplatzes aus der Kartei gestrichen worden sind. Solche Überlegungen sprechen dafür, daß der ausgewiesene Rückgang der Arbeitslosenzahl nicht voll mit der

konjunkturellen Entwicklung zu erklären ist. Dies kann gleichwohl bedeuten, daß das nun ausgewiesene Niveau der Arbeitslosenzahl die Arbeitslosigkeit zutreffender beschreibt.

Deutlich verschlechtertes Preisklima

Das Preisklima in der Bundesrepublik hat sich im Laufe des Winterhalbjahres merklich verschlechtert. Eine bedeutende Rolle spielte der schon seit Frühjahr 1988 zu beobachtende Wiederanstieg der Einfuhrpreise, der sich unter dem Einfluß der weltweit lebhaften Konjunktur und der realen Abwertung der D-Mark in der letzten Zeit beschleunigte. Hinzu kamen die beginnenden konjunkturellen Spannungen in der Bundesrepublik. Sie führten zusammen mit der Verteuerung von importierten Rohstoffen und Vorprodukten schon im Verlauf von 1988 zu spürbaren Preiserhöhungen auf der Erzeugerstufe. Gegen Jahresende hatte dies auch einen verstärkten Anstieg der Verbraucherpreise zur Folge. Zu Jahresbeginn ist es dann in Verbindung mit der Erhöhung indirekter Steuern und der Rezeptgebühren zu einem Preisschub gekommen. Diese administrativ bedingte Verteuerung belief sich im Preisindex für die Lebenshaltung auf etwa 0,7 Prozentpunkte.

In den folgenden Monaten erhöhten sich die Preise für Kraftstoffe und Heizöl spürbar stärker, als es dem steuerbedingten Effekt entsprochen hätte, da die Weltmarktpreise für Mineralölprodukte anzogen und der Inlandmarkt angesichts der regen Nachfrage nach Kraftstoffen Preisaufschläge ermöglichte. Mitte April lagen sowohl die Kraftstoffpreise als auch die Heizölpreise um mehr als ein Viertel über dem Vorjahresniveau. Auch die Mieten erhöhten sich weiter deutlich. Bei den gewerblichen Erzeugnissen stiegen vor allem die Preise für importierte Güter, im Inland erzeugte Güter verteuerten sich weniger. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lag im März um 2,7 vH höher als ein Jahr zuvor. Im April dürfte er wegen der inzwischen nochmals erhöhten Kraftstoffpreise das Vorjahresniveau um rund 3 vH übertreffen.

Die veränderte Preissituation zeigt sich auch bei der Entwicklung der Preise der übrigen großen Nachfrageaggregate. Ausrüstungsgüter kosten inzwischen 2 vH mehr als vor einem Jahr, Bauleistungen fast 3 vH, und die Preise der Exportgüter sind um annähernd 4 vH höher.

Ausblick 1989

Die für den lebhaften Anstieg der Konjunktur in der Bundesrepublik maßgeblichen Auftriebskräfte werden im weiteren Verlauf dieses Jahres nur wenig nachlassen. Die Nachfrage aus dem Ausland wird angesichts des nicht wesentlich verlangsamten konjunkturellen Aufschwungs in den wichtigsten Abnehmerländern weiter erheblich zu-

nehmen. Die Investitionsneigung im Inland hat sich so gefestigt, daß mit einer anhaltend kräftigen Expansion der Investitionen gerechnet werden kann. Die Konsumneigung schließlich erscheint stark genug, um trotz des Anstiegs der Verbraucherpreise eine deutliche, wenn auch verhaltenere Ausweitung des Konsums zuzulassen. Risiken liegen vor allem in der Preisentwicklung, die im Ausland und im Inland zu einer Verschärfung des geldpolitischen Kurses Veranlassung geben könnte. Davon würde die konjunkturelle Entwicklung wegen der Wirkungsverzögerungen in diesem Jahr aber nicht mehr entscheidend berührt werden.

Im einzelnen liegen der Prognose folgende Annahmen zugrunde:

- Nachfrage und Produktion in den Industrieländern nehmen leicht verlangsamt, aber weiter relativ kräftig zu; der Welthandel expandiert in nur wenig vermindertem Tempo.
- Der Preis für Rohöl geht im Verlauf des Jahres etwas zurück. Das Preisniveau für Industrierohstoffe steigt kaum noch.
- Die Expansion der Geldmenge M3 verlangsamt sich mit der allmählichen Normalisierung des durch die Quellensteuer vorübergehend veränderten Anlageverhaltens und schwenkt auf den angekündigten Pfad von etwa 5 vH ein. Die Zinsen steigen noch leicht.
- Der Wechselkurs der D-Mark tendiert in Richtung von 1,80 DM je Dollar. Im Europäischen Währungssystem werden die Leitkurse nicht geändert.
- In der Finanzpolitik wird der durch Haushaltspläne und bereits getroffene Maßnahmen vorgezeichnete Kurs beibehalten.
- Im weiteren Verlauf der diesjährigen Lohnrunde werden ähnliche tarifliche Abschlüsse vereinbart wie in letzter Zeit, also nur wenig höhere als im vergangenen Jahr. In wichtigen Bereichen sind die Tarife schon durch mehrjährige Verträge festgelegt; „Nachbesserungen“ gibt es hier nicht.

Kräftiger Exportanstieg

Von der Ausfuhr werden auch im weiteren Verlauf des Jahres kräftige Impulse ausgehen. Die Konjunktur in den Industrieländern, den wichtigsten Abnehmerländern der Bundesrepublik, wird deutlich aufwärts gerichtet sein. Zwar läßt ihr Tempo wahrscheinlich etwas nach, doch bleibt dabei die Kapazitätsauslastung hoch, so daß die Nachfrage nach Einfuhrgütern wohl kaum weniger als bisher zunehmen wird. Das gilt wegen der in den meisten Ländern lebhaften Investitionstätigkeit vor allem für die Investitionsgüter. Davon wird die deutsche Wirtschaft mit ihrem relativ hohen Investitionsgüteranteil am Export besonders begünstigt. Überdies haben die Bestände an Auslandsaufträgen vielfach erheblich zugenommen.

Auch die Ausfuhr in die OPEC-Länder steigt nun wieder. Das wird sich fortsetzen, denn ihre Exporterlöse dürften sich in diesem Jahr merklich erhöhen. Insbesondere wird die Nachfrage nach Gütern für den Wiederaufbau im Irak und Iran zunehmen. Der Export in die sonstigen Entwicklungsländer dürfte ebenfalls ausgeweitet werden, wegen der ungelösten Verschuldungsprobleme, die sich infolge der Zinssteigerungen eher wieder vergrößern, allerdings wohl nur mäßig. Ähnlich verhalten sind die Aussichten für die Ausfuhr in die Staatshandelsländer.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter dürfte sich vorerst nicht nennenswert verändern. Die hohe Kapazitätsauslastung in der Industrie der Bundesrepublik, insbesondere im Investitionsgütergewerbe, läßt zusammen mit der lebhaft expandierenden Inlandsnachfrage erwarten, daß die Zunahme der Ausfuhren in manchen Bereichen von den Produktionsmöglichkeiten begrenzt werden wird. Das wird zu einer gewissen Verlangsamung im Anstiegstempo der Ausfuhr beitragen.

Dämpfende Finanzpolitik

Von den öffentlichen Haushalten gehen in diesem Jahr erhebliche dämpfende Einflüsse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus. Die Einnahmen des Staates werden um über 7 vH und damit weit mehr als das Brutto-sozialprodukt zunehmen. Noch etwas stärker expandiert das Steueraufkommen. Aufgrund der Erhöhung der Sätze für die Mineralöl-, Tabak-, Versicherung- und Kraftfahrzeugsteuer (für Diesel-PKW) sowie der Einführung einer Erdgassteuer kann mit Mehreinnahmen, einschließlich des Mehrwertsteuereffektes, von 9,5 Mrd. DM gerechnet werden. Die Kapitalertragsteuer auf Zinseinkünfte (Quellensteuer) erhöht das Steueraufkommen brutto um 8,5 Mrd. DM; die Mehreinnahmen betragen indes nur etwa 4 Mrd. DM, da die Unternehmen die Quellensteuer bei ihren Vorauszahlungen zur Einkommen- und Körperschaftsteuer anrechnen lassen.

Die Lohnsteuer wird mit 8 vH deutlich stärker steigen als die Lohnsumme, da die Progression wieder voll greift. Das Aufkommen aus Gewinnsteuern dürfte sich um 10 vH erhöhen; bei der Einkommensteuer wirkt noch die Senkung von 1988 nach. Die Gewerbesteuer wird mit etwa 3 vH schwächer als 1988 expandieren, weil in diesem Jahr ähnlich hohe Nachzahlungen wie im Vorjahr nicht zu erwarten sind. Der Konjunkturaufschwung führt auch bei der Umsatzsteuer zu einem erheblichen Anstieg des Aufkommens (6 vH). Außerdem induzieren die Verbrauchsteuererhöhungen zusätzliche Einnahmen bei der Mehrwertsteuer, und schließlich werden die Umsatzsteuervergünstigungen für die Landwirtschaft eingeschränkt.

Bei den Sozialbeiträgen ist mit einem Anstieg von 4 vH zu rechnen. Die Erwerbseinkünfte des Staates werden erheblich höher als im Vorjahr sein, weil die Bundesbank aus ihrem Gewinn 10 Mrd. DM an den Bund abgeführt hat.

Die Ausgaben des Staates dürften nur um 3 vH und damit beträchtlich weniger als das Bruttosozialprodukt ausgeweitet werden. Noch geringer fällt der Anstieg des Staatsverbrauchs aus. Neben den niedrigen Lohnabschlüssen im Öffentlichen Dienst wirkt die Reform im Gesundheitswesen dämpfend auf den Ausgabenanstieg. Hier ist angenommen, daß die Sachkäufe der gesetzlichen Krankenversicherung aufgrund der Reform um 3 Mrd. DM sinken; hinzu kommt, daß das Vorjahresniveau durch Vorzieheffekte überhöht war. Von der Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst werden wahrscheinlich nur geringe positive Beschäftigungswirkungen ausgehen, auch wenn zum Beispiel einige Bundesländer vorhaben, die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Lehrer zu reduzieren und dafür neue Stellen zu schaffen. Insgesamt ist im Staatssektor mit einem etwas stärkeren Anstieg der Beschäftigtenzahl als im Vorjahr zu rechnen.

Die öffentlichen Investitionsausgaben dürften um etwa 5 vH zunehmen. Diese vergleichsweise beachtliche Ausweitung wird dank der verbesserten Finanzlage der Gemeinden und der Hilfen des Bundes zugunsten strukturschwacher Länder möglich sein.

Die laufenden Transferzahlungen des Staates werden insgesamt um 3 bis 4 vH steigen. Dabei nehmen die Subventionen um über 4 vH zu; hier fallen die zusätzlichen Aufwendungen für den Kohlebergbau ins Gewicht. Der Anstieg der Übertragungen an die privaten Haushalte wird dadurch gedämpft, daß die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit um 1,8 Mrd. DM gekürzt und das von den gesetzlichen Krankenkassen gezahlte Sterbegeld um knapp 1 Mrd. DM verringert werden.

Für dieses Jahr zeichnet sich ein drastischer Rückgang des staatlichen Finanzierungsdefizits ab; er dürfte noch stärker ausfallen, als von den Forschungsinstituten im Herbst vergangenen Jahres prognostiziert wurde. Bei den Gebietskörperschaften wird sich der Fehlbetrag von

45 Mrd. DM im Vorjahr auf nicht viel mehr als 15 Mrd. DM reduzieren, der Überschuß in der Sozialversicherung wird sich auf etwa 10 Mrd. DM erhöhen. In finanzstatistischer Abgrenzung ist das Defizit der Gebietskörperschaften mit 30 Mrd. DM zwar erheblich höher. Diese Statistik weist aber zum Beispiel Darlehen und Beteiligungen als Ausgaben aus, während sie in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, auf die sich die niedrigeren Zahlen beziehen, — gesamtwirtschaftlich eher angemessen — Teil der staatlichen Ersparnis sind.

Verhaltener Anstieg des privaten Verbrauchs

Der private Verbrauch wird im weiteren Verlauf des Jahres nur noch verhalten steigen. Der Preisanstieg wird weiterhin einen nennenswerten Teil des Einkommenszuwachses der privaten Haushalte aufzehren, wenn auch die Verteuerung nicht mehr so stark ausfallen wird wie zu Beginn des Jahres. Die Entwicklung von Löhnen und Gehältern ist in mehrjährigen Tarifverträgen zu einem erheblichen Teil festgelegt. Danach werden die tariflichen Stundenverdienste mit knapp 4 vH in diesem Jahr zwar etwas stärker erhöht als im letzten; da aber für eine erheblich größere Zahl von Arbeitnehmern die Arbeitszeit verkürzt wird — für 12 Mill., nach 5 Mill. im Jahr 1988 —, fällt der Barlohnbestandteil des Lohnzuwachses entsprechend niedriger aus. Die Lohn- und Gehaltssumme dürfte daher trotz des verstärkten Beschäftigungsanstiegs brutto nur wenig mehr als im vergangenen Jahr zunehmen, netto sogar spürbar langsamer, weil die Progression des Einkommensteuertarifs wieder voll greift.

Auch die Transfereinkommen werden langsamer als zuvor steigen, weil zu Jahresbeginn, wie erwähnt, Leistungen gekürzt worden sind und zur Jahresmitte der Eigenbeitrag der Rentner zu ihrer Krankenversicherung auf den Durchschnittssatz für Arbeitnehmer angehoben

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Absolute Werte				Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr			
	1987	1988	1989 ¹⁾	1990 ¹⁾	1987	1988	1989 ¹⁾	1990 ¹⁾
Bruttosozialprodukt, real (Mrd. DM)	1 643,2	1 699,8	1 745	1 785	1,8	3,4	3	2,5
Inlandsnachfrage, real (Mrd. DM)	1 594,2	1 650,0	1 695	1 740	3,1	3,5	2,5	2,5
Gesamtnachfrage ²⁾ , real (Mrd. DM)	2 144,4	2 230,4	2 310	2 380	2,5	4,0	3,5	3
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer, 1 000 Personen)	22 757	22 926	23 175	23 400	0,9	0,7	1	1
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 229	2 242	2 075	2 100
Arbeitslosenquote ³⁾ (vH)	8,9	8,9	8,2	8,2
Verbraucherpreise ⁴⁾	0,6	1,3	3	3
Leistungsbilanzsaldo ⁵⁾ (Mrd. DM)	80,8	84,9	90	90
Finanzierungssaldo Staat (Mrd. DM)	-35,9	-42,2	-5	-25

1) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 2) Inlandsnachfrage und Ausfuhr. — 3) Bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen (Beschäftigte und Arbeitslose). — 4) Preisniveau des privaten Verbrauchs. — 5) Zahlungsbilanzstatistik.

wird. Zudem wurden die Pensionen entsprechend dem Anstieg der Bezüge der aktiven Staatsbediensteten zu Beginn des Jahres nur um 1,4 vH erhöht.

Wegen der günstigen Gewinnentwicklung, höherer Vermögensbestände und gestiegener Zinsen ist bei den entnommenen Gewinnen und Vermögenseinkommen mit einer verstärkten Zunahme zu rechnen. Dies wird die Abschwächung bei den anderen Einkommen etwa ausgleichen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im laufenden Jahr ähnlich wie 1988 um etwa 4 vH expandieren. Nach Abzug der höheren Preisanstiegsrate verbleibt ein Realeinkommenszuwachs, der mit 1 bis 1½ vH erheblich niedriger ausfallen wird als in den vergangenen Jahren.

Diese Entwicklung der Realeinkommen läßt eine Abflachung beim Zuwachs des privaten Verbrauchs erwarten. Wie stark sie ausfallen wird, ist indes schwer abzuschätzen. Manches spricht allerdings dafür, daß sich die privaten Haushalte bei ihrem Ausgabeverhalten vorwiegend an den etwas längerfristigen Einkommenserwartungen orientieren und ihre Spartätigkeit einschränken werden, da im kommenden Jahr umfangreiche Steuererleichterungen in Kraft treten. Hinzu kommt, daß mit der Reform im Gesundheitswesen Ausgaben von den Krankenkassen zu den Privaten verlagert werden, was eher zu Lasten der Ersparnis als zu Lasten des Verbrauchs gehen dürfte. Schließlich ist auch anzunehmen, daß die Erhebung der Quellensteuer zumindest vorübergehend zu einer Dämpfung der Ersparnisbildung führt. Dies alles wird die Sparquote im laufenden Jahr wohl deutlich drücken — im ersten Vierteljahr ist sie schon gesunken —, und so dürfte der Konsum merklich stärker als das Realeinkommen der privaten Haushalte zunehmen.

Investitionskonjunktur bleibt expansiv

Die Investitionsneigung hat sich deutlich gefestigt, und die Investitionsbedingungen bleiben sehr günstig. Die wichtigsten Faktoren, die für ein Anhalten der Dynamik bei den Ausgaben für Ausrüstungsgüter im weiteren Verlauf dieses Jahres sprechen, sind:

- Die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern hat bis zuletzt kräftig expandiert. Im Maschinenbau, einem der Kernbereiche des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes, sind die Inlandsaufträge besonders stark gestiegen. Trotz zügiger Ausweitung der Produktion haben sich die Auftragsbestände an Investitionsgütern weiter erhöht.
- Die Absatzaussichten im Inland und im Ausland sind weiterhin günstig; das Tempo der Absatzausweitung wird nur wenig nachlassen.
- Bei den Erträgen ist in diesem Jahr abermals eine deutliche Zunahme zu erwarten. Die Eigenfinanzierungskraft der Unternehmen wird damit weiter ge-

stärkt. Die Zinsen dürften sich nur noch wenig erhöhen.

- Die Rentabilität von Sachinvestitionen bleibt im ganzen gesehen deutlich höher als die von Finanzanlagen.
- Die Kapazitäten sind stärker ausgelastet als auf dem konjunkturellen Höhepunkt 1979/80. Immer mehr Unternehmen produzieren an der Kapazitätsgrenze, und es werden vermehrt Sonderschichten und Überstunden geleistet. Die Notwendigkeit von Erweiterungsinvestitionen nimmt zu.
- Im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt versuchen viele Unternehmen, durch Modernisierung und Rationalisierung ihre Ausgangsposition zu verbessern.

Unter diesen Bedingungen dürfte sich der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen in ähnlichem Tempo wie im vergangenen Jahr fortsetzen. Im Durchschnitt des Jahres 1989 kann erneut mit einem Zuwachs von 7 bis 8 vH gerechnet werden. Günstig sind auch die Aussichten für den Wirtschaftsbau. Dabei sehen sich zunehmend auch Industrieunternehmen zu Baumaßnahmen veranlaßt, während in den zurückliegenden Jahren Bauten vor allem im Dienstleistungssektor errichtet worden sind. Die Investitionen im Wirtschaftsbau dürften im laufenden Jahr mit 5 vH nahezu ebenso stark wie 1988 zunehmen.

Der Investitionsaufschwung ist breit angelegt. Die meisten wichtigen Wirtschaftsbereiche haben ihre Investitionspläne für dieses Jahr gegenüber ihren ursprünglichen Absichten aufgestockt. Lediglich im Kraftwerksbau dürfte es nach dem starken Investitionsanstieg im vergangenen Jahr nun einen Rückgang geben. Außerdem weiten Bundesbahn und Bundespost ihre Investitionen nicht mehr so kräftig wie im Vorjahr aus.

Bauinvestitionen weiterhin lebhaft

In der Bauwirtschaft ist die konjunkturelle Grundtendenz deutlich aufwärtsgerichtet. Im weiteren Jahresverlauf wird sich das hohe saisonbereinigte Produktionsniveau der Wintermonate zwar nicht aufrechterhalten lassen, weil die Bautätigkeit in dieser Zeit noch mehr als im Vorjahr durch die Witterung begünstigt wurde. Doch wird sich im Vorjahresvergleich ein kräftiger Anstieg ergeben.

Sehr lebhaft ist die Expansion im Wohnungsbau. Wie Baugenehmigungen, Auftragseingänge und Auftragsbestände zeigen, wird die Nachfrage, die sich zu Beginn des zurückliegenden Jahres gekräftigt hatte, weiterhin beträchtlich zunehmen. Dabei konzentriert sich das Interesse auf die Neubauten und hier wiederum auf den Geschoßwohnungsbau. Das Abschmelzen des Bestandes an leerstehenden Mietwohnungen, der weitere Zustrom von Aussiedlern, höhere Mieten und Immobilienpreise sowie verkürzte Abschreibungsfristen lassen eine rege Nachfrage und deutlich steigende Investitionen auch im

weiteren Jahresverlauf erwarten. Hinzu kommt, daß der Bund seine Mittel für den Mietwohnungsbau erheblich aufgestockt hat und daß die Hypothekenzinsen trotz des Anstiegs noch attraktiv erscheinen, während die Baukosten eher rascher steigen dürften. Die realen Investitionen im Wohnungsbau insgesamt werden 1989 mit wohl 4,5 vH ebenso stark wie 1988 zunehmen.

Im öffentlichen Bau ist eine ähnliche Ausweitung wie im zurückliegenden Jahr wahrscheinlich, weil sich die finanzielle Lage der Gemeinden, die hier der wichtigste Investor sind, verbessert hat. Ihnen fließen erhöhte Investitionszuweisungen zu; außerdem können sie weiterhin auf verbilligte Kredite aus dem Darlehensprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau zurückgreifen. Alles in allem dürften die öffentlichen Bauinvestitionen real um etwa 2 vH zunehmen.

Die Bauinvestitionen insgesamt, unter Einschluß des Wirtschaftsbaus, werden im laufenden Jahr voraussichtlich um 4 bis 5 vH höher als im vergangenen ausfallen und damit wiederum den Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion deutlich übertreffen, der Konjunktur also Anstöße vermitteln.

Wirtschaftswachstum bleibt kräftig

Auf die witterungsbedingt überhöhte Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion am Jahresbeginn wird im zweiten Vierteljahr wohl ein Rückgang folgen. Im weiteren Verlauf des Jahres wird das reale Bruttosozialprodukt dann wieder deutlich zunehmen und am Jahresende den Vorjahresstand um etwa 3 vH übertreffen. Im Jahresdurchschnitt dürfte der Zuwachs des Sozialprodukts fast 3 vH betragen. Dabei wird die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft wiederum überdurchschnittlich, wenn auch etwas weniger als im Vorjahr, expandieren. Im Dienstleistungssektor setzt sich die relativ stetige Aufwärtsentwicklung fort.

Anhaltend rege Einfuhr

Die lebhaft expandierende Gesamtnachfrage und die hohe Auslastung der Produktionskapazitäten lassen erwarten, daß die reale Wareneinfuhr im weiteren Jahresverlauf anhaltend zügig steigt. Die laufende Jahresrate dürfte zwischen 5 und 6 vH liegen; im Jahresdurchschnitt wird die Einfuhr das Vorjahresergebnis um 6 vH übertreffen. Dabei werden entsprechend der kräftigen Investitionstätigkeit im Inland vor allem die Käufe von Investitionsgütern weiter stark zunehmen. Dagegen dürften die Bezüge von industriellen Vorprodukten nach verhaltener Entwicklung zu Jahresbeginn zwar wieder ausgeweitet werden; nach der Abflachung des Preisanstiegs für Industrierohstoffe ist aber eine erneute Lageraufstockung nicht zu erwarten, so daß die Einfuhr von Vorprodukten

nur entsprechend der Zunahme der Industrieproduktion und damit nicht ganz so rasch wie im Vorjahr expandieren dürfte. Etwas weniger als 1988 wird wohl auch die Einfuhr von Konsumgütern steigen, da der private Verbrauch nicht mehr so lebhaft zunimmt.

Weil die reale Wareneinfuhr nur wenig rascher als die reale Wareneinfuhr ausgeweitet wird, das Niveau der Einfuhr aber deutlich niedriger ist als das der Ausfuhr, steigt der Überschuß in der Handelsbilanz leicht an. Das Defizit bei den Dienstleistungen wird sich kaum verändern, und der reale Außenbeitrag wird etwas größer sein als im Vorjahr. Der Überschuß in der Leistungsbilanz wird um etwa 5 Mrd. DM höher sein.

Deutlicher Anstieg der Beschäftigung

Für das laufende Jahr ist mit einer spürbar stärkeren Ausweitung der Beschäftigung als im Vorjahr zu rechnen. Vermehrte Einstellungen in den letzten Monaten, insbesondere auch im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft, sprechen dafür, daß innerbetriebliche Personalreserven nun weitgehend ausgeschöpft sind. Darauf deutet auch hin, daß die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen am Ende des Winterhalbjahres um ein Viertel höher war als vor Jahresfrist. Mit der weiterhin kräftigen Zunahme von Nachfrage und Produktion wird sich der in Teilbereichen bestehende Personal-mangel vergrößern. Auch ist bei der hohen Auslastung der Sachkapazitäten mit einem Abflachen des Produktivitätsanstieges zu rechnen, so daß die Ausweitung der Produktion zunehmend mehr Arbeitskräfte erfordert. Ferner dürfte die Verkürzung der Wochenarbeitszeit angesichts der günstigen Konjunkturaussichten zu zusätzlichen Einstellungen führen. Im Jahresverlauf von 1989 wird die Beschäftigung daher deutlich zunehmen; die Zahl der Erwerbstätigen steigt um etwa eine viertel Million, nach 170 000 im Vorjahr. Dabei wird es außer im Dienstleistungssektor nun auch im produzierenden Gewerbe deutliche Beschäftigungsgewinne geben.

Das Potential an Arbeitskräften wächst 1989 mit annähernd 200 000 Personen vermutlich ähnlich stark wie im Vorjahr. Die Zahl der deutschen Arbeitskräfte, ohne Aussiedler, erhöht sich kaum noch; zwar steigt die Erwerbsbeteiligung der Frauen weiter, doch nimmt erstmals seit 1972 die Erwerbsbevölkerung aufgrund der demographischen Entwicklung ab. Deutlich erhöhen wird sich die Zahl ausländischer Arbeitskräfte, und zwar sowohl aus demographischen Gründen als auch durch Zuwanderung. Der Zustrom der Aussiedler verstärkt sich weiterhin; weil die Aussiedler jedoch in den meisten Fällen zunächst Sprachkurse oder eine berufliche Förderung durchlaufen, werden sie erst verzögert auf den Arbeitsmarkt drängen. Insgesamt werden zusätzliches Angebot an Arbeitskräften und zusätzliche Einstellungen ungefähr gleich umfangreich sein, so daß sich die Zahl der Arbeitslosen, die seit dem Herbst 1988 spürbar abgenommen hat, im

weiteren Verlauf des Jahres nicht wesentlich ändern wird. Für den Jahresdurchschnitt bedeutet dies eine Arbeitslosenzahl von rund 2,1 Millionen.

Preise steigen merklich

Die Verbraucherpreise, die zu Jahresbeginn infolge der Erhöhung von Steuern und Gebühren schubartig gestiegen sind, werden sich im weiteren Jahresverlauf mit einer laufenden Jahresrate von etwa 2 vH erhöhen. Neben der Verteuerung der Importe, bei denen sich der Preisanstieg nunmehr auf die Enderzeugnisse verlagern dürfte, und einer wieder etwas stärkeren Zunahme der Lohnstückkosten sind dafür auch die lebhafte Gesamtnachfrage und Kapazitätsengpässe maßgeblich, die es den Unternehmen erlauben, höhere Preise durchzusetzen.

Die Mieten werden weiterhin kräftig steigen, da die Knappheit an Wohnraum — vor allem in den Ballungsgebieten — wohl noch größer wird. Dagegen werden sich die Preise für Nahrungsmittel infolge reichlichen Angebots, aber auch weil die EG die Produktionsanreize einschränken will, nur wenig erhöhen. Alles in allem dürfte sich die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt um 3 vH verteuern. Im einzelnen wird der Anstieg bei den Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, hier auch bedingt durch die Erhöhung von Steuern und Gebühren, sowie bei den Mieten jeweils etwa 3,5 vH betragen und der bei den Nahrungsmitteln 1 vH.

Ausblick 1990

Im siebten Jahr des Aufschwungs sind nun weltweit die Anzeichen für hochkonjunkturelle Anspannungen unverkennbar. Bei zügig expandierender Nachfrage zeigen sich zunehmend Angebotsengpässe. Kosten und Preise sind in vielen Ländern in eine Aufwärtsbewegung geraten. Die Notenbanken haben hierauf mit einem Kurswechsel reagiert. In den USA wurde bereits vor zwei Jahren eine Politik gemäßigter Geldmengenausweitung eingeschlagen. Andere Notenbanken haben nach und nach ebenfalls den Kurs geändert; auch die Deutsche Bundesbank hat seit der Mitte des zurückliegenden Jahres Maßnahmen ergriffen, um konjunkturellen Überhitzungen zu begegnen.

Im laufenden Jahre wirken aber in der Bundesrepublik wie auch in den meisten anderen Ländern die stimulierenden Anstöße noch fort, die die Geldpolitik zuvor gegeben hatte. Die Impulse dürften indes allmählich von den dämpfenden Wirkungen der geldpolitischen Straffung abgelöst werden. Für das kommende Jahr ist deshalb mit einer verhalteneren konjunkturellen Entwicklung als 1989 zu rechnen. Weil jedoch der Kosten- und Preisauftrieb im Vergleich zu früheren Hochkonjunkturphasen in den Industrieländern alles in allem mäßig bleibt und die Notenbanken aus diesem Grunde keinen Anlaß zu einer

ausgeprägten Verschärfung ihres Kurses sehen, dürfte das Expansionstempo nicht einschneidend zurückgehen.

Für die Bundesrepublik bedeutet die leicht verlangsamte Zunahme von Nachfrage und Produktion in den Industrieländern etwas ungünstigere außenwirtschaftliche Bedingungen. Unter der hier getroffenen Annahme eines real etwa konstanten Wechselkurses dürften die Ausfuhren aber nochmals spürbar zunehmen. Bei den binnenwirtschaftlichen Bedingungen ist entscheidend, ob die Bundesbank sich zu einer nochmaligen Straffung der Geldpolitik gezwungen sieht. Dieses wird hier nicht angenommen. Zwar weist die Geldmengenentwicklung noch keine spürbar geringere Expansion auf; nur scheinbar signalisiert sie damit aber steigende Inflationsgefahren, denn hier spielen Sonderfaktoren eine Rolle, und überdies folgt die Geldmenge Veränderungen der Zinsen erst mit deutlicher Verzögerung. Weil sich bei der Lohnpolitik keine Zuspitzungen abzeichnen, die im Verlaufe dieses oder des kommenden Jahres den Kosten- und Preisanstieg bedrohlich verschärfen könnten, gibt es auch von daher keinen Anlaß, einen restriktiven Kurs der Geldpolitik zu erwarten.

In der Finanzpolitik wird zu Beginn des Jahres 1990 die dritte Stufe der Steuersenkungen wirksam, was Einnahmeausfälle von etwa 25 Mrd. DM für den Staat bedeutet. Das wird die Kaufkraft der privaten Haushalte beträchtlich stärken, aber nicht in vollem Umfange zu zusätzlichen Ausgaben führen. Haben die Haushalte im laufenden Jahr nämlich die Sparquote im Gefolge der Steuererhöhungen gesenkt, so werden sie sie im nächsten Jahr vermutlich steigern.

Die Ausrüstungsinvestitionen haben seit dem Frühjahr 1987 beschleunigt expandiert. Wahrscheinlich wird ihre Ausweitung im kommenden Jahr spürbar nachlassen, weil die Geldpolitik dämpfend wirkt und die Kapazitätsauslastung, bedingt durch einen verhalteneren Anstieg der Nachfrage, aber auch wegen des verstärkten Wachstums der Kapazitäten, im Verlauf leicht zurückgeht. Insgesamt gesehen scheint die Investitionsneigung erheblich robuster als in den ersten Aufschwungsjahren zu sein, wozu die Verbesserung von Angebotsbedingungen, die außerordentlich intensive Nutzung der Produktionsanlagen und beträchtlich höhere Gewinne beigetragen haben. Zusätzliche Impulse ergeben sich aus der dritten Stufe der Steuerreform. Ebenso dürfte die verstärkte Konkurrenz, aber auch das größere Absatzpotential im künftigen EG-Binnenmarkt die Investitionsneigung stützen.

Bei sich abschwächenden Impulsen von der Außenwirtschaft — der reale Außenbeitrag geht zurück — wird das gesamtwirtschaftliche Wachstum im kommenden Jahr wieder stärker von der Inlandsnachfrage getragen werden. Sie wird, wie in diesem Jahr, um 2½ vH expandieren. Im Vordergrund steht hier der private Verbrauch, der vor allem wegen der steuerlichen Entlastung stärker als 1989 zunehmen wird.

Für das Bruttosozialprodukt ist eine im Verlauf des kommenden Jahres merklich verlangsamte Expansion zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt dürfte der Zuwachs allerdings noch etwa 2½ vH erreichen. Während die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt nochmals deutlich — um rund 200 000 — höher sein dürfte, wird die Zahl der Arbeitslosen — bei weiter kräftig steigendem Erwerbspersonenpotential — im Vorjahresvergleich wahrscheinlich stagnieren. Das Tempo des Preisauftriebs wird sich gegenüber 1989 nur wenig verändern.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat 1988 die Erwartungen übertroffen. Mit einem Zuwachs von rund 3½ vH ist das reale Bruttosozialprodukt stärker gestiegen als in fast allen Jahren des seit 1983 anhaltenden Aufschwungs, und die kräftige Aufwärtsbewegung wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen. War die Aufwärtsentwicklung in den Anfangsjahren abwechselnd vom Export und vom privaten Verbrauch getragen, so ist jetzt eine ausgeprägte Investitionsdynamik hinzugekommen. Die hohe Kapazitätsauslastung, günstige Wettbewerbsbedingungen und kräftig steigende Gewinne haben die Investitionsneigung gestärkt.

Daß es nach wie vor einen Zusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigungsgrad gibt, zeigt die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen ist beschleunigt gestiegen, die der Arbeitslosen trotz starken Zustroms von Personen im erwerbsfähigen Alter aus dem Ausland spürbar gesunken. Dies und die mit der höheren Investitionstätigkeit in Gang gekommene raschere Zunahme des Produktionspotentials sind ermutigend, versprechen sie doch auch mittelfristig eine Verbesserung am Arbeitsmarkt. Damit sich dieser Prozeß fortsetzt, müssen alle wirtschaftspolitisch Verantwortlichen weiterhin Hemmnisse für das Wachstum von Produktion und Beschäftigung beseitigen und darauf bedacht sein, daß neue nicht entstehen. Dazu sollte auch eine durchgreifende Reform der Unternehmensbesteuerung gehören, die eine umfassende Verringerung der Subventionen einschließt.

Risiken liegen gegenwärtig vor allem in dem verstärkten Anstieg des Preisniveaus und in fortbestehenden oder sich gar erhöhenden Überschüssen der Leistungsbilanz der Bundesrepublik. Das eine könnte über kurz oder lang in eine Preis-Kosten-Spirale münden, das andere die internationalen Auseinandersetzungen über den Kurs der Wirtschaftspolitik in den Industrieländern aufleben lassen und damit auf den Finanzmärkten Unruhe schüren. Gefahren für die Preisstabilität muß die Bundesbank begegnen, sie darf dabei aber nicht über das Ziel hinausschießen und durch einen restriktiven Kurs die Konjunktur abwürgen. Dies würde wegen der Dämpfung der Inlandsnachfrage erfahrungsgemäß zu einer Erhö-

hung des Leistungsbilanzüberschusses führen. Einen nachhaltigen Beitrag zur Gefahreneindämmung kann die Bundesrepublik in Form eines kräftigen Wachstums des Produktionspotentials leisten. Eine Aufwertung der D-Mark wäre vermutlich die Folge und würde die Preisniveaustabilisierung erleichtern sowie auf mittlere Sicht die Verringerung der Leistungsbilanzüberschüsse unterstützen.

Zum Teil haben die gegenwärtigen Preissteigerungsraten mit der inzwischen erreichten hohen Kapazitätsauslastung vor allem in den Wirtschaftszweigen zu tun, in denen Inlands- und Auslandsnachfrage miteinander um die nicht mehr so rasch expandierende Produktion konkurrieren. In anderen Bereichen, vor allem bei den Wohnungen, erhöhen sich die Preise, weil die Nachfrage überraschend stark gestiegen ist und das Angebot nur mit großer Verzögerung reagieren kann. Verstärkt wurde die Knappheit von Wohnraum durch den unerwartet starken Zustrom von Aussiedlerfamilien. Preiserhöhungen in Engpaßbereichen sind für die Investoren entscheidende Signale zur Verstärkung des Angebots, sie müssen, soll der Markt reagieren können, akzeptiert werden. Bedenklich werden sie, wenn sie sich ausbreiten und dazu führen, daß sich die inländischen Preise und Kosten gegenseitig aufschaukeln. Das ist aber gegenwärtig nicht zu beobachten. So haben die vergrößerten Preissteigerungen die Grundtendenz der heimischen Kostenentwicklung, insbesondere die der Lohnstückkosten, nicht nennenswert berührt, und die Inflationserwartungen der Marktteilnehmer sind kaum gestiegen.

Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Finanzpolitik befindet sich in diesem Jahr auf einem ausgeprägten Konsolidierungskurs. Die Verminderung des staatlichen Finanzierungsdefizits um rund 35 Mrd. DM auf nur noch etwa 5 Mrd. DM kann allerdings nicht gleichgesetzt werden mit einer entsprechenden retardierenden Wirkung auf die Konjunktur. Solche Effekte gehen zum Beispiel nicht von dem Beitrag des wieder beträchtlichen Bundesbankgewinns zu den Einnahmen des Staates aus. Auch die konjunkturell verbesserte Entwicklung der Steuereinnahmen ist nicht Ausdruck restriktiver Finanzpolitik. Ein erheblicher Teil der Verbesserung der Gesamtsituation der Staatsfinanzen beruht jedoch auf der Erhöhung von indirekten Steuern und der Einführung der Quellensteuer auf Zinseinkünfte; beides zusammen wird zu Mehreinnahmen von etwa 14 Mrd. DM führen. Die Institute hatten die Erhöhung der Verbrauchssteuern früher wegen der damit in die Finanzpolitik gebrachten Unstetigkeit wie auch aufgrund ihrer negativen Wirkungen auf Konjunktur und Preise kritisch beurteilt. Die konjunkturelle Entwicklung ist aus vielen Gründen besser als damals vorhergesehen; um so gewichtiger ist die Kritik hinsichtlich der Wirkungen auf die Preise und der Gefahren, die hieraus vor allem für die

kommenden lohnpolitischen Verhandlungen entstehen können.

Indirekt hatte auch die Quellensteuer preissteigernde Wirkungen, und zwar über den durch sie induzierten Kapitalabfluß und damit über den Wechselkurs der D-Mark. Ob sich diese Wirkungen durch die nun diskutierte Veränderung oder Abschaffung dieser Steuer rückgängig machen ließen, ist zu bezweifeln. Auf alle Fälle sollte bei solchen Maßnahmen nicht überstürzt gehandelt werden. Aus steuersystematischen Gründen besteht kein Anlaß, die Zinseinkünfte anders zu behandeln als sonstige Kapitalerträge. Unangemessen wäre es, die Quellensteuer wegen des in der Öffentlichkeit entstandenen Drucks einfach abzuschaffen oder auch nur auszusetzen, denn die Unsicherheit bliebe so lange, wie gemeinsame europäische Regelungen dieser Frage ausstehen.

Ein Teil des Konsolidierungserfolgs, der für dieses Jahr zu erwarten ist, wird durch die Maßnahmen bei der Sozialversicherung bewirkt. Für die Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen spielt hier die „Gesundheitsreform“ die größte Rolle. Mit der Senkung der Ausgaben der Krankenkassen, die freilich wegen der Vorzieheffekte im vorigen Jahr zu groß erscheint, wird in Teilbereichen zwar eine Nachfragedämpfung eintreten. Dem steht jedoch der positive wachstumspolitische Aspekt gegenüber. Die Rückführung von Ausgaben ermöglicht die Stabilisierung oder sogar Senkung der Beitragssätze und stellt damit einen Schritt in die richtige Richtung dar.

Auf der Ausgabenseite haben die staatlichen Entscheidungsträger auf den sich abzeichnenden akuten Bedarf angemessen reagiert und zum Beispiel für Wohnungsbau, aber auch für Infrastruktur zusätzliche Mittel bereitgestellt. Zugleich sollte der Staat die größer gewordenen Aufgaben beim Umweltschutz, zum Beispiel bei der Altlastensanierung oder der Abwasserreinigung, in seinen Plänen verstärkt berücksichtigen. Daß es inzwischen einen Bedarfsstau in vielen Bereichen gibt, ist gerade in jüngster Zeit manifest geworden.

Aufgrund der Steuerreform wird sich das Staatsdefizit im kommenden Jahr wieder erhöhen, jedoch sehr viel niedriger ausfallen als 1988. Mit der Steuerreform sind Konjunktur- und Wachstumsimpulse beträchtlichen Ausmaßes verbunden. Daß die Wachstumswirkungen in einer Wirtschaft zu begrüßen sind, in der Arbeitsplätze noch immer zu knapp sind, liegt auf der Hand. Aber auch für die konjunkturellen Effekte scheint 1990 ein geeigneter Zeitraum zu werden, da dann wohl die dämpfenden Wirkungen der Geldpolitik spürbar werden und die außenwirtschaftlichen Impulse nachlassen. Die Steuerreform trägt in dieser Situation wesentlich zur Verstärkung des Wachstums der Inlandsnachfrage bei.

Die Steuersenkung wird aller Voraussicht nach in einer Phase wirken, in der es leichter als etwa bei noch steigender Arbeitslosigkeit fällt, das Ziel des Abbaus von Subventionen mit Energie zu verfolgen. Diese Chance sollte genutzt werden, zumal sich so der Ausfall von Ein-

nahmen zum Teil kompensieren läßt. Vor allem aber würde dies, ebenso wie die Beseitigung anderer Hemmnisse, das Wachstum und den Anstieg der Beschäftigung fördern.

Bei den anstehenden wichtigen Entscheidungen zur Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes sollte sich die Bundesregierung für eine Öffnung der Märkte — auch gegenüber Drittländern — und gegen einen europäischen Interventionismus einsetzen. Dabei werden sich Bereiche, die bisher dem internationalen Wettbewerb wenig ausgesetzt sind, auf die für sie zunächst erschwerten Bedingungen vorbereiten müssen. Sie werden dies sicherlich nicht ausreichend tun, wenn ihnen mit Besitzstandsgarantien die Illusion vermittelt wird, es werde sich für sie künftig nichts ändern.

Zur Geldpolitik

Die Expansion der Nachfrage nach Gütern und Arbeitskräften ist ungebrochen stark, die Kapazitäten sind in hohem Maße ausgelastet. Der Preisanstieg hat sich sowohl auf der Erzeuger- als auch auf der Verbraucherstufe verstärkt; eine Beschleunigung des Preisauftriebs ist selbst dann unverkennbar, wenn man den durch die Verbrauchsteuererhöhung bedingten Effekt herausrechnet. Hinzu kommt, daß die Geldmenge M3 bis zuletzt deutlich über dem Zielpfad von etwa 5% gelegen hat.

Die Institute halten es dennoch nicht für erforderlich, die geldpolitischen Zügel nun weiter anzuziehen. So ist die Abweichung der Geldmengenexpansion vom angekündigten Pfad wohl zum Großteil darauf zurückzuführen, daß die Einführung der Quellensteuer zu Jahresbeginn sowie die anschließende Diskussion über eine EG-weite Regelung der Besteuerung und Erfassung von Kapitalerträgen die Anleger veranlaßt hat, die Bargeldhaltung sprunghaft zu erhöhen. Insbesondere der Umlauf von Noten größerer Stückelung nahm überproportional zu. Vermutlich haben Anleger in beträchtlichem Maße verzinsliche Vermögenstitel in Bargeld umgeschichtet, um diese Mittel einer befürchteten Erfassung durch die Finanzbehörden zu entziehen; herrscht doch vielfach der Eindruck vor, die Quellensteuer sei eine zusätzliche steuerliche Belastung auch des Vermögens. Mehr und mehr wird den Anlegern jedoch bewußt werden, daß ihnen bei der Bargeldhaltung Zinsen in großem Umfang entgehen. Dies spricht dafür, daß sich die Bargeldhaltung zurückbildet und damit auch die Expansion der Geldmenge M3 abschwächt.

Da anzunehmen ist, daß nach Auslaufen der Sondereffekte der potentialorientierte Pfad wieder erreicht wird, läßt sich kein geldpolitischer Handlungszwang ableiten. Soweit der Preisanstieg aus der Erhöhung von Steuern resultiert, handelt es sich nur um eine einmalige Erhöhung des Niveaus und somit um keinen nachhaltig rascheren Anstieg der Preise. Soweit er das Ergebnis der überaus kräftigen Ausweitung der Geldmenge in der Vergangenheit ist, kann er auch durch eine restriktive Geld-

politik — eine Ausweitung der Geldmenge, die deutlich unterhalb des potentialorientierten Pfades liegt — wegen der beträchtlichen Verzögerungen der geldpolitischen Wirkungen auf die Preisentwicklung kurzfristig nicht gebremst werden, ohne daß es zu einem konjunkturellen Rückschlag kommt. Außerdem bedeutet die Tatsache, daß die Konjunktur gegenwärtig günstig verläuft, nicht, daß von dem geldpolitischen Kurswechsel Mitte vorigen Jahres keine dämpfenden Wirkungen auf die Binnen- nachfrage ausgehen. Erfahrungsgemäß dauert es nämlich einige Zeit, bis die Nachfrage nach Gütern und Diensten auf geldpolitische Maßnahmen reagiert. Aus diesem Grund sollte die Bundesbank insbesondere auch nach der erneuten Erhöhung des Diskontsatzes die Geldpolitik nicht nochmals verschärfen.

Die Institute sind nach wie vor der Meinung, daß eine stetige, am mittelfristigen Wachstum des Produktionspotentials orientierte Geldpolitik letztlich die beste Voraussetzung für die Sicherung der Preisstabilität und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist. Dem würde die Bundesbank entsprechen, wenn sie im weiteren Verlauf des Jahres die Geldmenge M3 wie angekündigt mit einer Rate von etwa 5 vH ausweiten würde.

Zur Lohnpolitik und den arbeitsmarktpolitischen Aufgaben

Die günstige konjunkturelle Entwicklung und der deutliche Anstieg der Beschäftigtenzahl haben sich bisher in der Lohnentwicklung kaum bemerkbar gemacht. Die Lohnstückkosten haben sich in der Gesamtwirtschaft nur wenig, im Verarbeitenden Gewerbe gar nicht erhöht. Diese Stabilität ist zu einem erheblichen Teil den mehrjährigen Tarifverträgen zuzuschreiben, an die sich die Gewerkschaften auch gebunden fühlten, nachdem die Preise rascher gestiegen waren, als für die Laufzeit der Tarifabschlüsse im jährlichen Durchschnitt einkalkuliert war. Allerdings hatten die Preissteigerungsraten zwischenzeitlich auch unterhalb dieses kalkulierten Durchschnitts gelegen, so daß das gegenwärtig erzielte Realeinkommen zumindest nicht niedriger liegt, als bei Vertragsabschluß angestrebt. Im übrigen sind die Preissteigerungen zu Beginn dieses Jahres zu einem erheblichen Teil auf die Erhöhung von indirekten Steuern zurückzuführen; eine so bewirkte Umverteilung zugunsten des Staates ist keine Begründung für zusätzliche Lohnsteigerungen. Gleichwohl werden die in diesem und im kommenden Jahr anstehenden Tarifverhandlungen starken Belastungen ausgesetzt sein. Schon in den letzten Monaten ist die Frage laut geworden, ob die Tatsache, daß die Reallöhne trotz guter Konjunktur in diesem Jahr nur wenig steigen, zu akzeptieren sei.

Unzufriedenheit auf der Seite der Arbeitnehmer kann auch beim Blick auf den starken Anstieg der Gewinneinkommen entstanden sein. Dieser war in den Jahren nach 1985 vor allem auf die günstige Entwicklung der Einfuhrpreise zurückzuführen, die mit der Aufwertung der

D-Mark gegenüber dem Dollar im allgemeinen und dem Fall des Ölpreises im besonderen zusammenhing. Von dieser Verbilligung der Einfuhr haben im übrigen die Arbeitnehmer über zeitweilig sinkende Lebenshaltungskosten ebenfalls profitiert. Die kräftige Verbesserung der Gewinne sollte keinesfalls zu einer die neuen Abschlüsse belastenden Hypothek werden, waren unzureichende Gewinne und Gewinnaussichten doch eine wesentliche Ursache der Investitionsschwäche in den ersten Jahren des Aufschwungs und für den Mangel an zusätzlichen Arbeitsplätzen. Zur Bereinigung von Verteilungskonflikten wäre eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmensgewinn in Form nachträglicher einmaliger Zahlungen, die nicht in das Tarifniveau eingehen, die am besten verträgliche Lösung.

Zu wünschen ist, daß es abermals zu mehrjährigen Abschlüssen kommt. Die Erfahrung zeigt, daß die Lohnpolitik bei der Orientierung an relativ geringen Preissteigerungsraten gerade auf mittlere Sicht eine sehr wichtige Voraussetzung dafür schafft, daß diese Raten auch verwirklicht werden.

Ein anderer Konfliktstoff der tarifpolitischen Auseinandersetzungen liegt in der gewerkschaftlichen Forderung nach weiterer Verkürzung der Wochenarbeitszeit. So möchte die Gewerkschaft im Metallbereich im neuen Tarifvertrag die 35-Stunden-Woche erreichen. Allgemein läßt sich zur Arbeitszeitpolitik bemerken, daß mehrere kleine Schritte mit geringeren Gefahren für Beschäftigung und Preisstabilität verbunden sein dürften als ein großer. Will man positive Beschäftigungseffekte erzielen, so setzt dies voraus, daß die kürzere Wochenarbeitszeit der Beschäftigten die Nutzungszeit der Maschinen und Anlagen nicht beeinträchtigt. Das heißt, daß bei kürzerer Wochenarbeitszeit des einzelnen eine größere Flexibilität bei der Regelung der Arbeitszeit in bezug auf die Lage der Arbeitsstunden im Tag und der Arbeitstage in der Woche ermöglicht werden muß. Soll dabei zum Beispiel der Sonnabend grundsätzlich als Arbeitstag ausgeschlossen werden, steht dies im Widerspruch zum Ziel der individuellen Arbeitszeitverkürzung bei Wahrung der Einkommenschancen.

Die noch immer sehr hohe Zahl an Arbeitslosen macht trotz nun günstiger Beschäftigungstendenz die Mitwirkung der Arbeitsmarktpolitik weiter erforderlich, vor allem bei der Qualifikation von Arbeitslosen. Zwar darf man die Möglichkeiten staatlicher Maßnahmen hier nicht überschätzen, weil der Hauptteil aller Qualifikation und Ausbildung im Arbeitsleben und damit in den Unternehmen vermittelt werden muß. Wichtig ist aber in vielen Fällen, für Unternehmen durch Vorqualifikation Einstellungsanreize zu geben. Eine Hinwendung der Arbeitsmarktpolitik zur intensiven beruflichen Qualifizierung nicht nur jüngerer Arbeitsloser, sondern auch langfristig Arbeitsloser anderer Altersgruppen sollte forciert werden im Hinblick auf den steigenden Bedarf der Wirtschaft und zur Verhinderung der mittelfristigen Ausweitung der Kluft zwischen Armen und im Wohlstand Lebenden.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für das Jahr 1989

	1987 ¹⁾	1988 ¹⁾	1989 ²⁾	1988		1989	
				1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

1. Entstehung des Sozialprodukts
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0,8	0,6	1	0,5	0,6	1	1
Arbeitszeit, Arbeitstäglich	-1,0	-0,2	-0,5	0,2	-0,5	-0,5	-0,5
Arbeitstage ³⁾	0,2	0,3	-0	0,7	-0,1	0	-0,5
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,0	0,7	0	1,4	0,0	0,5	-0,5
Produktivität ⁴⁾	1,9	2,8	3	2,5	3,1	2,5	3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	1,9	3,5	3	3,9	3,1	3	2,5

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1113,8	1157,2	1217	556,1	601,1	584,5	632,5
Staatsverbrauch	397,2	409,7	418,5	189,3	220,4	194,5	224
Anlageinvestitionen	391,1	420,3	456,5	192,4	227,9	210	247
Ausrüstungen	170,5	184,9	204	83,3	101,6	92	111,5
Bauten	220,6	235,4	253	109,1	126,3	118	135
Vorratsveränderung	6,9	14,7	17	17,4	-2,7	20	-3
Außenbeitrag	111,1	119,6	126,5	58,4	61,2	61,5	65
Ausfuhr	638,3	685,2	749	330,8	354,4	365	384
Einfuhr	527,2	565,5	622,5	272,4	293,1	303,5	319
Bruttosozialprodukt	2020,1	2121,5	2236	1013,6	1107,9	1070	1165,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	4,2	3,9	5	4,4	3,4	5	5
Staatsverbrauch	3,8	3,1	2	3,2	3,1	2,5	1,5
Anlageinvestitionen	3,6	7,5	8,5	9,9	5,5	9	8,5
Ausrüstungen	5,6	8,4	10	7,5	9,2	10,5	10
Bauten	2,1	6,7	7,5	11,8	2,6	8	7
Ausfuhr	0,0	7,3	9,5	6,9	7,8	10,5	8,5
Einfuhr	0,7	7,3	10	6,8	7,7	11,5	9
Bruttosozialprodukt	3,9	5,0	5,5	5,2	4,9	5,5	5

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1980

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	925,8	949,2	970	457,4	491,8	468	502
Staatsverbrauch	323,3	334,2	336	162,3	171,8	164	172
Anlageinvestitionen	333,4	352,8	373	162,4	190,4	173	200,5
Ausrüstungen	143,4	154,2	166	69,7	84,5	75,5	90,5
Bauten	190,0	198,6	207	92,7	105,9	97,5	110
Vorratsveränderung	6,8	13,9	15	16,6	-2,7	19	-4
Außenbeitrag	49,0	49,8	52,5	24,5	25,3	24,5	28
Ausfuhr	550,2	580,4	615,5	283,1	297,3	302,5	313
Einfuhr	501,2	530,6	563	258,6	272,0	277,5	285,5
Bruttosozialprodukt	1643,2	1699,8	1746,5	823,1	876,7	848,5	898,5
Inlandsnachfrage	1594,2	1650,0	1694	798,6	851,4	823,5	870,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,6	2,5	2	3,3	1,8	2,5	2
Staatsverbrauch	1,6	1,8	0,5	1,9	1,7	1	0
Anlageinvestitionen	2,5	5,8	6	8,7	3,5	6,5	5
Ausrüstungen	5,6	7,5	7,5	6,9	8,0	8,5	7,5
Bauten	0,2	4,5	4,5	10,1	0,1	5	3,5
Ausfuhr	0,8	5,5	6	5,6	5,3	7	5,5
Einfuhr	4,9	5,9	6	5,8	5,9	7,5	5
Bruttosozialprodukt	1,8	3,4	3	3,9	3,1	3	2,5
Inlandsnachfrage	3,1	3,5	2,5	3,9	3,2	3	2

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1987 ¹⁾	1988 ¹⁾	1989 ²⁾	1988		1989	
				1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980=100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	0,6	1,3	3	1,1	1,5	3	3
Staatsverbrauch	2,2	1,3	1,5	1,2	1,4	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	1,1	1,5	2,5	1,1	2,0	2,5	3
Ausrüstungen	0,1	0,8	2,5	0,5	1,1	2	2,5
Bauten	1,9	2,1	3	1,5	2,5	3	3
Ausfuhr	-0,8	1,8	3	1,2	2,3	3,5	3
Einfuhr	-4,1	1,3	3,5	0,9	1,7	4	3,5
Bruttosozialprodukt	2,0	1,5	2,5	1,3	1,7	2,5	2,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1081,9	1123,3	1169	528,7	594,6	551	618
Bruttolohn- und -gehaltssumme	871,6	904,5	942,5	425,6	478,9	444	498,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	580,5	603,9	623	287,4	316,5	297	325,5
Bruttoeink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	486,9	528,3	563,5	255,3	273,0	273	291
Nettoeink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	416,0	451,4	478,5	219,7	231,7	232,5	246
Entnahmen ⁵⁾ 6)	367,8	373,5	408	175,4	198,1	196	212,5
Nichtentnommene Gewinne	48,2	77,9	70,5	44,3	33,6	36,5	33,5
Volkseinkommen	1568,8	1651,6	1732,5	784,0	867,6	824	908,5
Abschreibungen	249,5	260,8	278	128,8	132,1	137	141
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	201,9	209,1	225,5	100,8	108,3	109,5	116,5
Bruttosozialprodukt	2020,1	2121,5	2236	1013,6	1107,9	1070	1165,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,9	3,8	4	4,0	3,7	4	4
Bruttolohn- und -gehaltssumme	4,0	3,8	4	3,9	3,6	4,5	4
Nettolohn- und -gehaltssumme	2,8	4,0	3	4,1	3,9	3,5	3
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten	3,1	3,0	3	3,2	2,8	3,5	3
Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten	1,9	3,3	2	3,4	3,1	2,5	2
Bruttoeink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	4,0	8,5	6,5	8,7	8,3	7	6,5
Nettoeink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	5,5	8,5	6	8,6	8,4	6	6
Entnahmen ⁵⁾ 6)	4,1	1,5	9,5	0,1	2,9	11,5	7
Volkseinkommen	3,9	5,3	5	5,5	5,1	5	4,5
Abschreibungen	3,6	4,6	6,5	4,1	5,0	6,5	6,5
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	3,5	3,6	8	4,3	2,9	8,5	7,5
Bruttosozialprodukt	3,9	5,0	5,5	5,2	4,9	5,5	5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltssumme	580,5	603,9	623	287,4	316,5	297	325,5
Übertragene Einkommen ⁷⁾	327,6	342,8	354	168,9	173,8	175,5	179
Entnahmen ⁵⁾	415,6	430,9	458	207,0	223,9	219	239,5
Abzüglich: Zinsen auf Konsumentenschulden	17,8	17,9	18,5	8,9	9,0	9	9,5
Geleistete laufende Übertragungen ⁸⁾	35,2	36,2	37,5	17,4	18,8	18	19,5
Verfügbares Einkommen	1270,8	1323,5	1379,5	637,1	686,4	664	715
Privater Verbrauch	1113,8	1157,2	1217	556,1	601,1	584,5	632,5
Ersparnis	156,9	166,3	162	80,9	85,4	79,5	82,5
Sparquote (in vH)	12,3	12,6	12	12,7	12,4	12	11,5

b) Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltssumme	2,8	4,0	3	4,1	3,9	3,5	3
Übertragene Einkommen ⁷⁾	5,1	4,6	3,5	4,4	4,8	4	3
Entnahmen ⁵⁾	5,3	3,7	6,5	3,9	3,5	5,5	7
Verfügbares Einkommen	4,4	4,2	4	4,2	4,1	4,5	4
Privater Verbrauch	4,2	3,9	5	4,4	3,4	5	5
Ersparnis	5,5	6,0	-2,5	3,0	9,0	-1,5	-3,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1987 ¹⁾	1988 ¹⁾	1989 ²⁾	1988		1989	
				1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁹⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	491,9	512,5	554,5	239,8	272,7	261	293,5
Sozialbeiträge	350,4	366,2	380,5	173,5	192,7	180	200,5
Erwerbseinkünfte	27,8	20,3	30,5	9,6	10,7	19,5	11
Sonstige laufende Übertragungen	21,7	25,4	26,5	12,5	12,9	13,5	13
Empfangene Vermögensübertragungen	6,3	6,9	7	3,2	3,6	3	4
Einnahmen insgesamt	898,1	931,4	998,5	438,8	492,6	477	521,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	397,2	409,7	418,5	189,3	220,4	194,5	224
Zinsen	57,9	59,9	62	32,4	27,6	33,5	28,5
Laufende Übertragungen an	413,5	438,3	454	214,5	223,8	223,5	231
Private Haushalte	333,2	348,8	361,5	173,1	175,7	179	182
Unternehmen	48,1	52,0	54	24,3	27,8	25,5	28,5
Übrige Welt	32,2	37,5	39	17,2	20,4	18,5	20
Geleistete Vermögensübertragungen	31,6	30,7	32,5	13,0	17,7	13,5	19
Nettoinvestitionen	33,9	35,0	37	14,5	20,5	15,5	21,5
Ausgaben insgesamt	934,0	973,6	1004	463,6	510,0	480,5	524
Finanzierungssaldo	-35,9	-42,2	-6	-24,8	-17,4	-3,5	-2,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	3,9	4,2	8	5,0	3,5	8,5	7,5
Sozialbeiträge	3,9	4,5	4	5,0	4,0	4	4
Erwerbseinkünfte	-18,0	-26,9	48,5	-43,5	-0,8	102,5	0,5
Sonstige laufende Übertragungen	-4,3	17,3	4,5	7,0	29,5	8	1
Empfangene Vermögensübertragungen	7,5	8,4	-1	19,7	0,0	-7	4,5
Einnahmen insgesamt	2,9	3,7	7	3,2	4,1	8,5	6
Ausgaben							
Staatsverbrauch	3,8	3,1	2	3,2	3,1	2,5	1,5
Zinsen	1,2	3,6	3,5	0,7	7,2	3	3,5
Laufende Übertragungen an	5,0	6,0	3,5	5,3	6,7	4	3
Private Haushalte	4,9	4,7	3,5	4,8	4,5	3,5	3,5
Unternehmen	6,4	8,1	4	11,8	5,1	5	3,5
Übrige Welt	3,2	16,6	3,5	2,0	32,7	8,5	-1
Geleistete Vermögensübertragungen	-0,7	-2,8	6	-2,5	-3,1	6	6
Nettoinvestitionen	2,2	3,2	5,5	15,7	-4,2	7,5	4,5
Ausgaben insgesamt	3,9	4,2	3	4,2	4,3	3,5	2,5

- 1) Statistisches Bundesamt (Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1989, und Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sowie eigene Berechnungen von Arbeitszeit und Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 2) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. — 5) Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — 6) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und auf öffentliche Schulden. — 7) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge), Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie Vorruhestandsgeld. — 8) Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 9) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten